

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

1·20

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Friedrich der Große hätte legal Tech (siehe Informationen für Kollegen, S.6) sehr gemocht. Ihm war jede richterliche Ermessensentscheidung suspekt. In seinem Gesetzbuch mit über 29.000 Paragraphen sollte alles abschließend geregelt und sich direkt aus dem Gesetz ergeben. Mit so einer Datenbank müsse man jeden Fall automatisch lösen.

Dass sich dann doch etwas völlig Neues ergeben kann, was vorher eben nicht zu regeln ist, zeigt unter anderem Covid 19. Dabei ist nicht die Pandemie an sich neu, sondern die positive Reaktion des Staates. Früher, noch in den letzten fünfziger Jahren bei der asiatischen Grippe, sind die Menschen einfach gestorben, die meisten zuhause. Seien wir also froh, in unserem Zeitalter zu leben und gehen kreativ mit genuinem Menschenverstand (Human Tech) die sich stellenden rechtlichen Probleme an!

A Federico il Grande sarebbe piaciuta molto la Legal Tech (si vedano le Informazioni per i colleghi, p.6). Era scettico rispetto a qualsiasi decisione giudiziale discrezionale. Nel suo codice legislativo, con più di 29.000 articoli, tutto doveva essere disciplinato in modo esaustivo e risultare direttamente dalla legge. Con un tale database si dovrebbe poter risolvere ogni caso in modo automatico.

Covid 19 ha dimostrato che può verificarsi sempre qualcosa di assolutamente nuovo che non può essere regolato in precedenza. Non è la pandemia in sé ad essere nuova, ma la reazione positiva dello Stato. In passato, anche negli ultimi anni cinquanta con l'asiatica, la gente semplicemente moriva, la maggior parte di loro in casa. Quindi cerchiamo di essere soddisfatti di vivere nella nostra epoca e di affrontare in modo creativo i problemi legali che sorgono con genuino buon senso (Human Tech)!

Aus dem Inhalt - All'interno

Neues aus Italien/Ultime dall'Italia	
Wohlhabende Staatsanwälte	2
Magistrati benestanti	3
Zivilverfahren/Procedura Civile	
Scheidung auf italienisch	4
Divorzio all'italiana	5
Gesellschaftsrecht/diritto societario	
Haftung des Wirtschaftsprüfers	6
Responsabilità del revisore	7
Informationen für Kollegen/Informazioni per colleghi	
Dr. Hopping cares for you	8/9
Versicherungsrecht/assicurazioni	
Versicherungsschutz für Unternehmen im C19	10
Copertura assicurativa imprese in C19	11
Immobilienseite/pagina immobiliare	
Immobilienmarkt in C19	12
Mercato immobiliare in C19	13
Neues aus Europa/Ultime dall'Europa	
BVerfG vs EuGH – 1:0	14
Berlino vs Bruxelles – 1:0	15
Neues aus DL – Ultime da DL	16



Gefährliche Videokonferenzen (Siehe Seite 4)
Videoconferenze pericolose (Vedi pag. 5)

NEUES AUS ITALIEN

Vergütung von Anti Mafia Staatsanwälten

Der leitende Staatsanwalt im Bereich Antimafia, Nicola Gratieri, hat in einer öffentlichen Fernsehsendung das Bruttogehalt für die Staatsanwälte seiner Behörde offengelegt: 137.294 Euro + 45 Tage Urlaub (Quelle: Il Giornale v.20.02.2020). Deutsche Staatsanwälte, die jetzt nicht in Ohnmacht gefallen sind und daher weiterlesen können, sollten aber bedenken, dass das Korruptionsrisiko in Italien wesentlich höher ist. Gratieri gibt in dem zitierten Bericht selbst an, dass ca. 6-7 % der Richter und Staatsanwälte davon befallen sein könnten. Ein ordentliches Gehalt ist die erste Maßnahme gegen Korruptionsanfälligkeit. Staatsanwälte und Richter sind damit Spitzenverdiener im öffentlichen Dienst. Der Durchschnitt im diplomatischen Dienst liegt in Italien bei 87.121 Euro, bei der Polizei bei 40.378 Euro und – Schlusslicht – im Schulwesen bei 28.440 Euro.

Gesetzliche Schuldbefreiung bei Unmöglichkeit der Leistung aufgrund der Coronavirus Pandemie

Der ital. Gesetzgeber hat mit Art. 91 der Gesetzesverordnung Nr. 18 vom 17.03.2020 und in Abänderung des Art. 3 der Gesetzesverordnung Nr. 6 vom 23.02.2020, der bereits durch das Gesetz Nr. 13 vom

5. März 2020 geändert und umgewandelt wurde, den weiteren Absatz 6-bis eingeführt. Danach wird nunmehr ausdrücklich festgelegt, dass die Einhaltung der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus Pandemie stets zum Zwecke des Ausschlusses der Haftung des Schuldners, gemäß den Artikeln 1218 c.c. (vom Schuldner nicht zu vertretende Unmöglichkeit der Leistung) und 1223c.c., zu werten sind, auch im Hinblick auf die Geltendmachung etwaiger Verwirkungen bzw. Vertragsstrafen, die sich aus Verspätungen bzw. Nichterfüllung ergeben können. MB

Zugang zur Richterschaft in Italien erleichtert

Ein Dauerbrenner der italienischen Rechtspolitik, über den wir regelmäßig berichtet haben, sind die Bemühungen des italienischen Staates, die Dauer des Zivilprozesses zu verkürzen. Ein neuer Anlauf wurde mit dem Entwurf eines Gesetzesdekrets gestartet, der dem Senat am 9.1.2020 mit „atto Senato Nr. 1662“ vorgelegt wurde. Der Entwurf fußt auf der nachvollziehbaren Erkenntnis, dass der Richtermangel in Italien die lange Prozessdauer zumindest mitverursacht und erleichtert den Zugang zum Richterberuf. In Zukunft sollen die Kandidaten zur Prüfung unmittelbar nach Abschluss ihres Jurastu-

diums zugelassen werden und die Prüfung soll durch das Streichen vieler Nebenfächer erleichtert werden. Der Kandidat zum italienischen Richter soll aber auch in Zukunft in einer Fremdsprache geprüft werden („colloqui in lingua straniera“); hier ist die italienische Justiz der deutschen ein Schritt voraus.



DOLCEFARNIENTE – EIN DEUTSCHER BEGRIFF

Wofür wir uns jahrelang eingesetzt haben, ist endlich eingetütet. Das „Dolcefarniente“ ist jetzt offiziell als Begriff in dem deutschen Duden aufgenommen worden und wird wie folgt definiert: „als angenehm, erholsam, erquicklich empfundenes Nichtstun.“

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Rassismus in Deutschland - keine Wohnungen für Mieter mit türkisch klingenden Namen

Nach den Unruhen in den Vereinigten Staaten, die auf den Erstickungstod von George Floyd in Minneapolis folgten, beschäftigten sich viele Autoren mit der Frage, ob aufgrund des Fortschrittes und der zunehmenden Aufklärung der Gesellschaft, Xenophobie und Rassismus langfristig verschwinden werden (siehe bspw. Donahue, FAZ vom 03.06.2020). Viele befürchten, dass der Optimismus, der sich in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts breitgemacht hatte, fehl am Platz war.

Aus Deutschland ist der Fall eines Wohnungssuchenden zu berichten, der sich bei einer großen Berliner Wohnungsgesellschaft mit über 110.000 Wohnungen mit seinem richtigen türkischen Namen um eine Wohnung bemüht hatte. Er erhielt telefonisch eine Absage, die ihm dann gleich per E-Mail schriftlich bestätigt wurde. Der Interessent rief sofort danach ein zweites Mal an und meldete sich mit einem fiktiven deutschen Namen. Ohne weitere Überprüfung wurde ihm dieses Mal telefonisch mitgeteilt, er könne einen Besichtigungstermin vereinbaren. Der Wohnungssuchende wiederholte den Test mit dem gleichen Ergebnis.

Das AG Charlottenburg (Urt. v. 14.01.20) sprach ihm auf seine Klage immerhin eine Entschädigung von 3000 Euro aufgrund Diskriminierung wegen ethnischer Herkunft nach § 21 Abs. 2 Satz 3 AGG zu. Mit dem AGG (allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz) wurde in Deutschland die Richtlinie 2000/43/EG vom 29.06.2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft umgesetzt.

Italiener der ersten „Gastarbeitergeneration“ werden sich an die Schilder vieler Gaststätten erinnern, die in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts vor vielen Gaststätten hingen: „Zutritt für Gastarbeiter nicht erlaubt“.

Um diesen Artikel nicht allzu bitter enden zu lassen, wird auf den im Villa Vigoni Verlag erschienenen Bericht über die ersten Gastarbeiterwellen verwiesen („Giuliano und Rodolfo Dolce, La Mosca Bianca; wie die Migration der italienischen Gastarbeiter die Bundesrepublik veränderte“); der weitaus größte Teil der deutschen Gesellschaft hat im Nachkriegsdeutschland den Kontakt mit Italienern und der italienischen Kultur als bereichernd empfunden.

Und auch keine Rassen mehr im Grundgesetz

In Deutschland hat sich im Wege der „Black Lives Matter“-Debatte eine interessante rechtspolitische Diskussion über den Begriff der „Rasse“ entwickelt. Unter dem Eindruck der Grauen des Nationalsozialismus hatten die Väter des Grundgesetzes 1949 den Text des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz, der heute noch gilt, so formuliert: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, etc. benachteiligt werden.“ Heute vertreten viele Politiker und Juristen die Auffassung, dass allein die Erwähnung der Rasse eine nicht wissenschaftliche Reminiszenz an grauer Vorzeit ist. Andere meinen, dass eine Klarstellung in jedem Fall unschädlich sei.

Dieselskandal

Der BGH hat mit seiner Entscheidung vom 25.05.2020 (VI ZR 252/19) für Rechtsfrieden in Deutschland gesorgt und verbindlich festgestellt, dass VW jeden Kunden, der

bis September 2015 einen Diesel mit einem EA 189 Motor gekauft hat, betrogen hat. Der Betrug führt zu der zivilrechtlichen schärfsten Haftung, dennoch muss sich der Käufer die Kilometer anrechnen lassen, die er gefahren ist. Man geht von einer Gesamtfahrleistung von 300.000 km aus. Ein Käufer der 150.000 km gefahren ist, kann das Auto zurückgeben und erhält nur die Hälfte des Kaufpreises zurück. Wenn er nur 100.000 km gefahren ist, erhält er zwei Drittel zurück, usw. VW hat jetzt angekündigt, die ca. 70.000 Individualprozesse durch Vergleichszahlungen zu beenden.

Ob VW auch den Käufer des danach gebauten EA 288 betrogen hat, ist schon Gegenstand von Verfahren der ersten und zweiten Instanz. Zunächst werden aber die EA 189 Käufer entschädigt.

Für viele italienische Dieselmotorkäufer stellt sich die Frage, ob sie Ansprüche nach deutschem Recht geltend machen können. Nach Art. 4 I Rom II VO ist in der Regel das Recht des Staates anwendbar, in dem der Schaden eintritt (also Italien), es sei denn, dass der Schaden zu einem anderen Staat engere Verbindungen aufweist (Art 4 III Rom II VO). Wenn diese engeren Verbindungen zu Deutschland festgestellt werden, können Ansprüche nach deutschem Recht geltend gemacht werden.

Möglicherweise sind dann aber die Ansprüche schon verjährt (drei Jahre ab Kenntnis des Betruges). Vielfach wird die Auffassung vertreten, dass im September 2015 der Betrug bekannt war. Dann wären die Ansprüche am 31.12.2018 nach deutschem Recht verjährt. Man kann sich auch auf den Standpunkt stellen, dass erst durch das BGH-Urteil Klarheit über den Betrug geschaffen wurde, sodass die Ansprüche erst am 31.12.2023 verjähren würden.

ULTIME DALL'ITALIA

Stipendi procuratori antimafia

Nicola Gratteri, uno dei principali pubblici ministeri del settore antimafia, ha rivelato in un programma televisivo pubblico lo stipendio lordo dei pubblici ministeri del suo ufficio: 137.294 Euro + 45 giorni di ferie (fonte: Il Giornale v.20.02.2020). I pubblici ministeri tedeschi, che non sono ancora svenuti e possono quindi continuare a leggere, dovrebbero comunque tenere presente che il rischio di corruzione è molto più alto in Italia. Lo stesso Gratteri afferma nell'articolo citato che circa il 6-7 % dei giudici e dei procuratori potrebbero esserne colpiti. Un salario decente è la prima misura contro la corruzione. Procuratori e giudici sono quindi tra i primi a guadagnare nella pubblica amministrazione. La retribuzione media nel servizio diplomatico in Italia è di 87.121 Euro, nella polizia di 40.378 Euro, fanalino di coda è il sistema scolastico con una media di 28.440 Euro.

Italia: Abbattimento del debito legale in caso di impossibilità di esecuzione a causa della pandemia di coronavirus

Il legislatore italiano ha introdotto con l'art. 91 del D.Lgs. 17.03.2020 n. 18, novellando l'art. 3 del D.Lgs. 23.02.2020 n. 6, già modificato e convertito dalla Legge

5 marzo 2020 n. 13 un'ulteriore specificazione con il comma 6bis, stabilendo che coloro che nel rispetto delle misure di contenimento della Pandemia da Covid-19 si trovano in difficoltà con l'adempimento dei propri doveri contrattuali, possono invocare tale norma volta ad escludere, ai sensi e per gli effetti degli articoli 1218 e 1223 c.c., la responsabilità del debitore, anche relativamente all'applicazione di eventuali decadenze o penali connesse a ritardati o omessi adempimenti." MB

Facilitare l'accesso alla magistratura in Italia

Abbiamo già riferito dello sforzo perenne della politica italiana volto alla riduzione della durata dei pro-



Zugang zur Richterschaft erleichtert (s.2/
Facilitato accesso alla magistratura

cedimenti civili. Un nuovo tentativo è stato avviato con il progetto di decreto-legge, che è stato presentato al Senato il 9 gennaio 2020 con "atto Senato n. 1662". La bozza si basa sulla comprensibile consapevolezza che la carenza di giudici in Italia è almeno in parte responsabile della lunga durata dei procedimenti e per questo va facilitato l'accesso alla professione di giudice. In futuro, i candidati saranno ammessi all'esame subito dopo aver conseguito la laurea in giurisprudenza e l'esame sarà facilitato dall'eliminazione di molte materie secondarie. In futuro, l'aspirante giudice italiano verrà anche interrogato in una lingua straniera ("colloqui in lingua straniera"); su tale aspetto la magistratura italiana è un passo avanti rispetto a quella tedesca.

DOLCEFARNIENTE – UN TERMINE TEDESCO

Quello per cui abbiamo lavorato per anni è stato finalmente conseguito: il "Dolcefarniente" è stato ora ufficialmente inserito come termine nel dizionario ufficiale della lingua tedesca e viene definito come segue: "come ozio piacevole, rigenerante e ristoratore".

ULTIME DALLA GERMANIA

Razzismo in Germania - niente appartamento per inquilini con nomi dal suono turco

Dopo i disordini negli Stati Uniti in seguito alla morte per soffocamento di George Floyd a Minneapolis, molti autori hanno affrontato la questione se la xenofobia e il razzismo scompariranno a lungo termine a causa del progresso e della crescente sensibilizzazione della società (si veda ad esempio Donahue, FAZ del 03.06.2020). Molti temono che l'ottimismo che si era diffuso negli ultimi decenni del XX secolo fosse fuori luogo.

Dalla Germania possiamo segnalare il caso di una persona alla ricerca di un appartamento che aveva fatto domanda con il suo vero nome turco presso una grande società immobiliare di Berlino con oltre 110.000 appartamenti. Ha ricevuto un rifiuto per telefono, che è stato poi immediatamente confermato per iscritto via-mail. Subito dopo, il potenziale inquilino ha chiamato una seconda volta e si è presentato con un nome tedesco fittizio. Senza ulteriori verifiche, questa volta è stato informato telefonicamente che poteva fissare un appuntamento per visitare l'appartamento. Egli ha poi ripetuto il test con lo stesso risultato.

La Pretura di Charlottenburg (sentenza del 14.01.20) gli ha concesso un risarcimento di 3000 Euro sulla base di una discriminazione basata sull'origine etnica secondo il § 21 comma 2 frase 3 AGG. Con la AGG (legge generale sulla parità di trattamento), è stata attuata in Germania la direttiva 2000/43/CE del 29.06.2000 sull'applicazione del principio della parità di trattamento tra le persone indipendentemente dalla razza e dall'origine etnica.

Gli italiani della prima "generazione di Gastarbeiter/ lavoratori ospiti" ricorderanno le insegne che

erano affisse davanti a molti ristoranti tra la fine degli anni Cinquanta e l'inizio degli anni Sessanta del secolo scorso: "Accesso non consentito ai Gastarbeiter".

Per non far finire in modo troppo aspro questo articolo, si rinvia al servizio pubblicato da Villa Vigoni Verlag sulle prime ondate di Gastarbeiter ("Giuliano e Rodolfo Dolce, La Mosca Bianca; come la migrazione dei Gastarbeiter italiani ha cambiato la Repubblica Federale"); la stragrande maggioranza della società tedesca del dopoguerra ha ritenuto che il contatto con gli italiani e la cultura italiana sia da considerare un arricchimento.

E anche niente più razze nella Costituzione tedesca

In Germania si è sviluppata un'interessante discussione politico-giuridica sul concetto di "razza" a seguito del dibattito sul "Black lives matter". Sotto l'impressione degli orrori del nazionalsocialismo, nel 1949 i padri della Legge fondamentale tedesca avevano formulato il testo dell'articolo 3, paragrafo 3, valido ancora oggi, come segue: Nessuno può essere discriminato a causa del suo sesso, della sua discendenza, della sua razza, ecc. Oggi, molti politici e giuristi sostengono che la semplice menzione della razza sia una reminiscenza non scientifica del periodo grigio. Altri pensano che un chiarimento in ogni caso non sia pericoloso.

Scandalo diesel

Con la decisione del 25 maggio 2020 (VI ZR 252/19), la Corte federale di giustizia (BGH) ha assicurato la pace legale in Germania e ha accertato in modo vincolante che la Volkswagen ha truffato ogni cliente che ha acquistato un diesel con un motore

EA 189 entro settembre 2015. La truffa comporta la più grave responsabilità civile, ma l'acquirente deve comunque farsi computare i chilometri percorsi. Si ipotizza un chilometraggio totale di 300.000 km. Un acquirente che ha percorso 150.000 km può restituire l'auto e ottiene solo la metà del prezzo di acquisto. Se ha percorso solo 100.000 km, ne ricava due terzi, e così via. La Volkswagen ha ora annunciato che porrà fine alle circa 70.000 cause individuali con il pagamento dei risarcimenti.

La questione se la Volkswagen ha frodato anche l'acquirente dell'EA 288, costruito in seguito, è già oggetto di procedimenti in prima e seconda istanza. In primo luogo, tuttavia, gli acquirenti dell'EA 189 saranno risarciti.

Per molti acquirenti italiani di autoveicoli diesel si pone la domanda se possano far valere i diritti previsti dalla legge tedesca. Secondo l'articolo 4 I Roma II del regolamento, la legge applicabile è generalmente la legge del paese in cui si verifica il danno (cioè l'Italia), a meno che il danno non presenti legami più stretti con un altro paese (articolo 4 III Roma II del regolamento). Se vengono accertati questi legami più stretti con la Germania, possono essere presentate rivendicazioni secondo il diritto tedesco.

È possibile, tuttavia, che i sinistri siano già prescritti (tre anni dalla conoscenza della truffa). Si sostiene spesso che la truffa era nota nel settembre 2015. In tal caso, secondo il diritto tedesco, i crediti si prescrivono in data 31.12.2018. Si può anche ritenere che sia stata solo la sentenza BGH a fare chiarezza sulla frode, cosicché le richieste di risarcimento andranno in prescrizione solo il 31.12.2023.

ZIVILVERFAHREN

Gerichtsverhandlungen per Videokonferenz in Deutschland und Italien

Seit 2013 eröffnet die deutsche Zivilprozessordnung in § 128a die Möglichkeit, einen Verhandlungstermin im Zivilprozess auf Antrag der Parteien oder von Amts wegen per Videokonferenz durchzuführen. Eine Möglichkeit, die bislang wenig genutzt wurde, auch weil viele Gerichte nicht über die nötige technische Ausstattung verfügten. Das hat sich mit der Corona-Krise nun geändert: die Gerichte haben sich mit der erforderlichen Technik eingedeckt, bundesweit finden seit April Verhandlungstermine in Zivil-, Handels-, Wettbewerbs-, Marken- und Patentsachen statt, bei denen der oder die Richter alleine im Verhandlungsraum sitzen, während Anwälte, Parteien und andere Prozessbeteiligte online per Videokonferenz zugeschaltet sind. Die Öffentlichkeit des Verfahrens bleibt gewahrt: nach wie vor können sich interessierte Bürger – unter Wahrung des Sicherheitsstandes – zum Richter in den Sitzungsraum dazusetzen und die Verhandlung mitverfolgen.

Unsere eigene Erfahrung mit dem Landgericht München I war nicht nur positiv. Dies lag nicht an der Verhandlungsführung durch das Gericht, sondern ganz banal an technischen Hindernissen, Störungen der Tonqualität und Ausfall des Videos. Das von den deutschen Gerichten genutzte System scheint auch nicht für den Vorsitzenden und Organisator der Konferenz die Möglichkeit vorzusehen, die Mikrofone der Beteiligten auszuschalten. Man ist als Parteivertreter geneigt, zu vermuten, dass die Gegenseite durch Hintergrundgeräusche bewusst den ihr unpassenden Vortrag stören wollte; ein schrecklicher Verdacht, der einfach dadurch ausgeräumt werden würde, wenn der Vorsitzende das Wort durch Mikrofonöffnung nach Handzeichen erteilen würde.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Bundesdatenschutzbeauftragte in einem Interview mit dem Handelsblatt vor dem Videokonferenztool ZOOM gewarnt hat, weil dieser Dienst nicht Ende zu Ende verschlüsselt sei. Die Daten seien nicht sicher. Die Berliner Datenschutzbeauftragte warnt hingegen nicht nur vor ZOOM, sondern auch vor Microsoft und Skype (Quelle: NRW aktuell, 24.02.2020, Seite 24).

In Italien folgte der „Fase 1“ der C19-Krise, in der alle Verhandlungen vor den Friedensrichtern, Landgerichten und Oberlandesgerichten von Amts wegen verlegt werden mussten, eine „Fase 2“, in der der

Richter entscheiden durfte, ob er ein schriftliches Verfahren oder eine Videokonferenz durch Plattformen wie Teams oder Skype anordnet.

Wir hatten positive Erfahrungen sowohl mit Videokonferenzen des Oberlandesgerichts Rom wie auch des Landgerichts Vicenza. Dabei war die Videokonferenz des Landgerichts nahe daran, zu scheitern, da die E-Mail, die das Gericht mit dem Link für die MS-Teams-Konferenz versandte, im Spamfilter eines Prozessbevollmächtigten landete. Der Kollege, der die Mail erwartete und keine kommen sah, rief seinen Gegenanwalt an (telefonische Kontakte zu Richtern sind in Italien unüblich), der – obwohl Beklagtenvertreter – kollegial seine Mail mit dem Link zur Verfügung stellte. Die Verhandlung selbst begann mit der Feststellung aller Formalien und mit der Zusicherung der Prozessbevollmächtigten, dass keine weiteren Personen anwesend seien und dass die Konferenz nicht aufgenommen werden würde. Danach trugen die Parteien abwechselnd vor. Da es sich um ein Verfahren ex Art. 281 sexies italienischer Zivilprozessordnung handelte, las der Richter am Ende der Verhandlung den Entscheidungstenor vor. Die Geschäftsstelle stellte den Parteivertretern wenige Tage später die Entscheidungsgründe zu. Die geographische Dimension ist in jedem Fall erwähnenswert. Unser Kollege André Castelli verhandelte in Frankfurt am Main, der Gegner in Taormina, Dreh und Angelpunkt war Venedig, wo sich der Richter befand.

Scheidung auf italienisch via E-Mail

C19 hat einige italienischen Landgerichte (Vercelli, Monza, Verona, Torino) dazu veranlasst, sogenannte virtuelle Verhandlungen in Familiensachen durchzuführen, an denen die trennungswilligen Parteien nicht einmal vor Gericht erscheinen müssen. Es reicht eine Mail, in der sie versichern, über ihre Verfahrensrechte belehrt worden zu sein. Das Landgericht setzt dann eine virtuelle Verhandlung fest, an der auch (virtuell) niemand erscheinen muss.

Kassationshof: C19-bedingte Änderungen des Zivilverfahrens

Der Kassationshof hat ein Dokument veröffentlicht, in dem sämtliche temporäre Änderungen des Zivilverfahrens wiedergegeben sind und das wir gerne als PDF zur Verfügung stellen.

ARBEITSRECHT

Zweiminütige Arbeitsleistungen

Die private Nutzung von Internet und E-Mail am Dienst-PC, trotz entsprechendem Verbot während der Arbeitszeit, rechtfertigt dann eine fristlose Kündigung, wenn der Arbeitnehmer sowohl an mehreren Tagen durchgehend als auch über Monate hinweg regelmäßig URL-Aufrufe und E-Mails zu privaten Zwecken getätigt hat. Weitere interessante Feststellung der Kölner Richter: Wenn zwischen den einzelnen privaten Aufrufen ein Zeitraum von weniger als ein bis zwei Minuten liegt, kann dazwischen keine Arbeitsleistung erbracht werden (LAG Köln (Urteil v. 7.02.2020 - 4 Sa 329/19).

STEUERRECHT

Verlustvorträge bleiben zuhause

Die Freizügigkeit innerhalb der EU ist nicht grenzenlos. Eine Gesellschaft, die in einem Mitgliedsstaat über Verlustvorträge verfügt, kann bei der Sitzverlegung in einen anderen Mitgliedstaat diese nicht „mitnehmen“, sie bleiben ungenutzt. So hat der EuGH am 27.02.2020 (C 405/18) entschieden. Eine durchaus nachvollziehbare Entscheidung, solange die Finanzhoheit bei den Mitgliedsstaaten bleibt.

NEUES AUS ALLER WELT

Klagen gegen Klimawandel

Während C19 sich hoffentlich bald als Public Enemy Nr. 1 zurückziehen wird, bleibt der Klimawandel die größte Herausforderung unserer Gesellschaft. Dieser stellt sich auch die internationale Anwaltschaft. Die IBA (International Bar Association) hat im Februar 2020 ein „Model Statute for Proceedings Challenging Government Failure to Act on Climate Change“, eine Art Gebrauchsanleitung für Klagen gegen den eigenen Staat, der nicht in der Lage ist, effektiven Klimaschutz zu gewährleisten, veröffentlicht (<https://www.iba-net.org/Climate-Change-Model-Statute.aspx>). Ein weiteres sinnvolles Betätigungsfeld sind Klagen gegen Unternehmen, die Vorgaben des Umweltschutzes nicht einhalten. Allein im Jahr 2017 sollen in 25 Staaten 884 Klimaschutzklagen erhoben worden sein (Quelle: Sole 24 Ore vom 17.02.2020).

Led Zeppelin keine Plagiatoren!

Die beste weiße Bluesband aller Zeiten hat einen für die gesamte Musikindustrie wichtigen Prozessieg vor der neunten US Bundesberufungskammer errungen. Die Richter haben festgestellt, dass „Stairway to Heaven“ kein Plagiat von „Taurus“ von den Spirit ist. Die Entscheidung ist insofern von Bedeutung, weil die US Richter das Prinzip aufgegeben haben, dass es ausreiche, dem Komponist des späteren Werks die Kenntnis des Ursprungswerks nachzuweisen und dass sich die beiden Werke ähnlich sein müssen. Plant und Page können jetzt beruhigt in Rente gehen, man schätzt, dass der Song 500 Millionen \$ erwirtschaftet hat.

NEUES AUS FRANKFURT

Vereinbarung Gerichtsstand Frankfurt unwirksam

Laut Wikipedia gibt es vier Frankfurt in Deutschland und eins in Tschechien. Frankfurt ist außerdem die Hauptstadt des US-Staates Kentucky. Es soll auch einen Verband von Städten geben, die sich Frankfurt nennen, und deren Vorsitz traditionell der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main innehat.

Auch unter all diesen Vorgaben bleibt ein Restverdacht, dass die Richter des Landgerichts Frankfurt am Main wenig Lust verspürt hatten, einen Rechtsstreit zu entscheiden, in dem die Parteien als Gerichtsstandsvereinbarung schlicht „Frankfurt“ gewählt hatten – wobei eine der Parteien ein großes bekanntes Unternehmen aus Frankfurt am Main war. Das Landgericht vertritt in einer Entscheidung vom 2.10.2018 (WRZ 46/2020, AZ leider nicht benannt) die Auffassung, dass die Vereinbarung des Gerichtsstands Frankfurt die Zuständigkeit des Landgerichts Frankfurt am Main nicht begründen würde. Es würde nicht deutlich werden, ob hier Frankfurt am Main oder Frankfurt an der Oder als zuständiges Gericht gelten soll und mangels hinreichender Bestimmung sei die Gerichtsstandsvereinbarung also unwirksam.

Die Entscheidung ist schwierig zu kommentieren. Es ist aber strikt zu empfehlen, bei Gerichtsstandsvereinbarungen „Rom“ ein „Latium, Italy“ dahinter zu fügen, sonst landet man womöglich in Alabama oder Georgia.

ULTIME TUTTO IL MONDO

Azioni legali contro il cambiamento climatico

Mentre, si spera, il C19 andrà presto in pensione come nemico pubblico n. 1, il cambiamento climatico rimane la sfida più grande che la nostra società deve affrontare. Anche la professione legale si trova ad affrontare questa sfida. Nel febbraio 2020, l'IBA (International Bar Association) ha pubblicato il "Model Statute for Proceedings Challenging Government Failure to Act on Climate Change", una sorta di manuale di istruzioni per azioni legali contro uno Stato che non è in grado di garantire un'efficace protezione del clima (<https://www.ibanet.org/Climate-Change-Model-Statute.aspx>). Un altro utile campo di attività è il contenzioso contro le aziende che non rispettano i requisiti di tutela ambientale. Solo nel 2017 sono state intentate 884 cause per la protezione del clima in 25 Stati (fonte: Sole 24 Ore del 17.02.2020).

I Led Zeppelin non sono plagiatori!

La migliore band (bianca) di blues di tutti i tempi ha ottenuto una vittoria davanti alla nona US Federal Appeals Chamber, importante per l'intera industria musicale. I giudici hanno statuito che "Stairway to Heaven" non è un plagio di "Toro" degli Spirit. La decisione è significativa perché i giudici statunitensi hanno abbandonato il principio secondo cui è sufficiente dimostrare al compositore dell'opera successiva che egli conosce l'opera originale e che le due opere siano simili. Plant and Page possono ora andare tranquillamente in pensione, si stima che la canzone abbia guadagnato 500 milioni di dollari.

ULTIME DA FRANCOFORTE

Invalidità dell'accordo sul foro competente Francoforte

Secondo Wikipedia ci sono quattro Francoforte in Germania e una nella Repubblica Ceca. Frankfort è anche la capitale dello Stato americano del Kentucky. Ci sarebbe poi anche un'associazione tra città chiamate Francoforte, tradizionalmente presieduta dal sindaco di Francoforte sul Meno.

Anche con tutte queste permesse, rimane il sospetto che i giudici del tribunale di Francoforte sul Meno avessero poca propensione a decidere una controversia legale in cui le parti avevano semplicemente indicato "Francoforte" come foro competente – tra le parti c'era anche una grande e nota impresa di Francoforte sul Meno. Nella decisione del 2 ottobre 2018 (IWRZ 46/2020, AZ purtroppo non nominata), il Tribunale ha ritenuto che l'accordo sul foro competente di Francoforte non era stabilito la competenza del Tribunale di Francoforte sul Meno. Non sarebbe chiaro se in questo caso il foro competente fosse Francoforte sul Meno o Francoforte sull'Oder e, in mancanza di una disposizione sufficiente, l'accordo sul foro competente non era quindi da considerarsi valido.

La decisione è difficile da commentare. Tuttavia, in caso di accordi sulla giurisdizione, si consiglia di aggiungere "Lazio, Italia" dietro a "Roma" altrimenti si potrebbe finire in Alabama o in Georgia.

DIRITTO PROCESSUALE CIVILE

Udienze in videoconferenza in Germania e in Italia

Dal 2013 il Codice di Procedura Civile tedesco al § 128a prevede la possibilità di tenere, su richiesta delle parti o d'ufficio, un'udienza di un processo civile in videoconferenza. Una possibilità che finora è stata poco utilizzata, anche perché molti tribunali non disponevano delle necessarie attrezzature tecniche. La situazione è cambiata con la crisi Covid-19: i tribunali hanno rimediato alle carenze tecnologiche e da aprile si tengono, su scala nazionale, udienze per procedimenti civili, commerciali, di concorrenza, di marchi e brevetti, in cui i giudici siedono da soli nella sala udienze, mentre gli avvocati, e le altre parti del procedimento sono collegati online tramite videoconferenza. La natura pubblica del procedimento viene preservata: i cittadini interessati possono comunque sedersi in aula con il giudice e seguire il procedimento - mantenendo una distanza di sicurezza.

La nostra esperienza con il Tribunale di Monaco di Baviera non è stata sempre positiva. Ciò non è dovuto al modo in cui il tribunale ha condotto il procedimento, ma piuttosto a ostacoli tecnici banali, interruzioni del segnale audio e video. Inoltre, il sistema utilizzato dai tribunali tedeschi non sembra offrire ai giudici e all'organizzatore della videoconferenza la possibilità di spegnere i microfoni dei partecipanti. Quale rappresentante di una parte processuale, si è portati a sospettare che l'altra parte voglia deliberatamente usare il rumore di fondo per disturbare le allegazioni avverse; un terribile sospetto che potrebbe essere facilmente dissolto, se il giudice potesse regolare tecnicamente la facoltà di parola delle parti accendendo e spegnendo il microfono.

In tale contesto va rilevato che l'Autorità federale per la tutela della privacy ha messo in guardia rispetto al noto programma di videoconferenza ZOOM in un'intervista con il giornale Handelsblatt perché questo servizio non sarebbe criptato da cima a fondo. I dati non sarebbero sicuri. L'Autorità per la tutela della privacy di Berlino, tuttavia, ha evidenziato i rischi non solo del programma ZOOM, ma anche di Microsoft e Skype (fonte: NRW aktuell, 24 2020, pagina 24).

In Italia successivamente alla fase "1" di chiusura degli uffici giudiziari per emergenza COVID 19, nella quale le udienze dovevano essere rinviate ex lege, il legislatore ha stabilito per la fase "2" che il Giudice possa disporre che l'udienza avvenga tra-

mite deposito di note scritte o in videoconferenza tramite applicativi come Teams o Skype.

Possiamo riferire che sia un'udienza innanzi alla Corte di Appello di Roma, tramite deposito di note scritte da parte degli avvocati, che un'udienza tramite Teams, innanzi al tribunale di Venezia, si sono svolte positivamente. Nel caso dell'udienza tenutasi tramite Teams essa ha rischiato di naufragare in quanto l'e-mail del Giudice con il link Teams per l'aula virtuale non aveva raggiunto uno degli avvocati, ma era stata bloccata dal proprio sistema informatico, fortunatamente il collega di controparte ha potuto stabilire un contatto telefonico e inoltrargli l'e-mail che aveva ricevuto dal Giudice con il link. Stabilito il contraddittorio virtuale, espletate le formalità, dopo che gli avvocati hanno assicurato che nessuna altra persona fosse presente nella loro stanza e di non registrare l'udienza, il Giudice ha dato la parola all'avvocato dell'attore, che ha richiamato le proprie note, quindi all'avvocato del convenuto, cui è seguita la discussione orale. In conclusione, trattandosi di un'udienza ex art. 281 sexies cpc, il Giudice ha letto il dispositivo della sua decisione, la sentenza con le motivazioni è quindi stata comunicata dalla cancelleria agli avvocati pochi giorni dopo. Giova sottolineare l'ampiezza geografica dell'aula virtuale: il ns. collega André Castelli ha partecipato da Francoforte sul Meno, l'avvocato di controparte da Taormina, mentre il fulcro della controversia era Venezia, dove si trovava il Giudice.

Divorzio all'italiana via e-mail

Il Covid-19 ha portato alcuni tribunali italiani (Vercelli, Monza, Verona, Torino) a condurre le cosiddette udienze virtuali nei procedimenti familiari, nei quali le parti che desiderano separarsi non devono nemmeno comparire davanti ai tribunali. È sufficiente inviare un'e-mail, nella quale assicurano di essere stati informati dei loro diritti procedurali. Dopodiché il tribunale fissa un'udienza virtuale, alla quale nessuno deve comparire (nemmeno virtualmente).

Corte di Cassazione: modifiche della procedura civile conseguenti al Covid-19

La Corte di Cassazione ha pubblicato un documento che contiene tutte le modifiche temporanee del procedimento civile e che siamo lieti di mettere a disposizione in formato PDF.

DIRITTO DEL LAVORO

Prestazioni lavorative di due minuti

L'utilizzo privato di Internet e della posta elettronica sul PC di servizio durante l'orario di lavoro, nonostante l'espresso divieto, giustifica il licenziamento senza preavviso se il dipendente ha regolarmente utilizzato URL ed e-mail per scopi privati per diversi giorni e per mesi. Un'altra interessante constatazione dei giudici di Colonia: se c'è un intervallo di tempo inferiore a uno o due minuti tra le singole chiamate private, non è possibile svolgere alcuna prestazione di lavoro nel frattempo (Tribunale Colonia (sentenza del 7.02.2020 - 4 Sa 329/19).

DIRITTO FISCALE

La perdita fiscale non oltrepassa il confine

Secondo la decisione della Corte di Giustizia della UE del 27.2.2020 (C-405/18) lo Stato membro verso il quale una società trasferisce la sede della propria direzione effettiva non può essere obbligato a tenere conto delle perdite fiscali originatesi prima di tale trasferimento. Nel caso in questione una società aveva trasferito la propria sede in un altro Stato membro, dove si era vista negare la deduzione delle perdite fiscali maturate prima del trasferimento. Una decisione comprensibile, fintanto che la sovranità finanziaria rimane agli Stati membri.

VERTRIEBSRECHT

Vertriebsrecht und Menschenrechte

Ein großer Teil der in der Europäischen Union vertriebenen Konsumgüter, insbesondere Kleidung, wird in Ländern hergestellt, die über sehr niedrige Standards im Arbeitsschutz verfügen und in denen der Schutz der Menschenrechte nicht gewährleistet ist.

In einer Textilfabrik in Pakistan, die von einer deutschen Textilkette betrieben oder zumindest ausschließlich für sie tätig wurde, kam es im September 2012 zu einem verheerenden Brand, in dem 885 Arbeitnehmer starben. Die Hinterbliebenen klagten im März 2015 vor dem deutschen Sitz der Textilkette (Dortmund) auf Schadensersatz; die Klage wurde von den deutschen Richtern wegen Verjährung nach pakistanischem Recht in der ersten Instanz abgewiesen (LG Dortmund Ur. V. 10.01.2019, Az. 7 O 95/15). Die Dortmunder Richter, die die eigene Zuständigkeit annahmen, wandten pakistanisches Recht als das Recht des Landes an, in dem der Schaden eingetreten war. Das pakistanische Recht sieht eine relativ kurze Verjährungsfrist für deliktische Ansprüche vor (ein Jahr), die nach Common Law Gesichtspunkte von Amts wegen berücksichtigt werden muss.

Dieser unbefriedigende Ausgang des Verfahrens, in dem die Verantwortung des deutschen Betreibers nicht geklärt werden konnte, hat unter anderem das Bundesentwicklungsministerium veranlasst, den Entwurf eines Sorgfaltspflichtengesetzes vorzulegen, in dem die Verantwortlichkeit deutscher Unternehmen für Menschenrechtsverstöße verschärft werden soll. (https://die-korrespondenten.de/fileadmin/user_upload/die-korrespondenten.de/SorgfaltGesetzentwurf.pdf). Die deutschen Unternehmen sollen zu besonderer Sorgfalt durch Risikoanalysen, präventive Maßnahmen und Abhilfemaßnahmen angehalten werden und jederzeit Kontrollen dulden, die von den zuständigen Behörden am Ort veranlasst werden können.

Ob das Gesetz tatsächlich in Kraft treten wird, ist alles andere als sicher. Es würde in Konflikt mit Art. 4 Rom I VO treten. Dass Regelungsbedarf vorhanden ist, steht aber außer Frage.

P2B – Platform to Business-Verordnung

Das klassische Jurastudium, die Auslegung der Gesetze des BGB oder des Codice Civile entfernt sich im digitalen Zeitalter immer mehr von den tatsächlichen rechtlichen Herausforderungen der Teilnehmer am modernen Geschäftsleben. Ein Hotel, das auf Google oder Reiseplattformen nur auf der vierten Seite erscheint, hat kaum noch Chancen. Ein Vertrieb, der nicht über Amazon verkaufen kann, hat ein großes Handikap.

Der europäische Gesetzgeber ist sich dessen bewusst und hat eine Verordnung erlassen (2019/1150), die ab dem 12.7.2020 in der gesamten EU in Kraft tritt. In Zukunft werden die Regeln der Plattform- und Suchmaschinenbetreiber nicht von Google und Co. in ihren AGB festgesetzt, sondern durch die neue Verordnung. Endlich muss die Gewichtung der Hauptparameter des Rankings offengelegt werden, insbesondere wie gewerbliche Nutzer ihre Position durch Leistung eines Entgeltes aktiv beeinflussen können.

GESELLSCHAFTSRECHT

Zustellungen des italienischen Finanzamtes am effektiven Sitz der Gesellschaft

Welches Recht ist auf Gesellschaften anzuwenden, die nur ihren Rechtssitz im Ausland haben (Luxemburg, Kanalinseln, etc.) ihren effektiven Verwaltungssitz aber in Deutschland oder in Italien? Nach dem deutschen Recht gilt die sogenannte Sitztheorie, d.h. dass das Recht des Landes Anwendung findet, in dem die Gesellschaft tatsächlich tätig ist. In Italien und in der EU gilt die sogenannten Gründungstheorie, d.h. das Recht des Landes, in dem die Gesellschaft gegründet und registriert ist. Soweit es sich um Staaten der Europäischen Union handelt, muss sich auch Deutschland dann danach richten.

In diesem Zusammenhang ist eine Entscheidung des Finanzgerichts (Commissione Tributaria) Latium interessant (Nr. 6474 vom 20.11.2019). Das Finanzamt hatte am operativen Sitz der Gesellschaft in Italien einen Bescheid zugestellt. Die Gesellschaft, die ihren Rechtssitz in Luxemburg hatte, wandte ein, dass die Zustellung in Italien unwirksam wäre. Ungeachtet der Gründungstheorie hatten die italienischen Richter gegen die Wirksamkeit der Zustellung aber keine Bedenken. Letztlich sei der Bescheid der Gesellschaft in jedem Fall bekannt geworden und damit sei der Zweck der Zustellung auch erfüllt worden.

Strafrechtliche Verantwortung von deutschen Unternehmen in Italien

Die Frage, welches Recht auf eine im Inland tätige Gesellschaft Anwendung findet, erübrigt sich, wenn zwingende Vorschriften des sogenannten Ordre Public eines Staates verletzt werden, zu denen in jedem Fall das Strafrecht gehört.

Das deutsche Recht kennt bislang keine strafrechtliche Verantwortung für die juristische Person. Anders hier schon seit knapp 20 Jahren das italienische Recht, das durch das Gesetz 231/2001 bei Organisationsversäumnissen und Verletzung der Aufsichtspflicht, die zu Schäden führen, nicht nur die Organe der Gesellschaft persönlich bestraft, sondern auch das Unternehmen selbst. Anlass hieran zu erinnern ist eine erneute Bestätigung des Kassationshofes (11626/2020): Auch wenn im Herkunftsland der Gesellschaft, wo sie üblicherweise tätig ist, keine entsprechenden Strafvorschriften existieren, unterliegt die ausländische Gesellschaft auf italienischem Staatsgebiet dennoch dem italienischen Strafrecht.

Die Bundesregierung hat derweil einen neuen Versuch gestartet und ein „Gesetz zur Stärkung der Integrität der Wirtschaft“ beschlossen. Das „Unternehmensstrafrecht“ wird dabei zu einem verschärften Ordnungswidrigkeitenrecht, das speziell auf Unternehmenskriminalität zugeschnitten ist und Verbraucherschützende Elemente enthält. Für Unternehmen sind keine „Strafen“ vorgesehen, nur „Sanktionen“. Bleibt abzuwarten, ob das Parlament zustimmen wird.

M&A und Datenschutz

Ist der Erwerber eines Unternehmens bei einem Asset Deal verpflichtet, die Einwilligung der Kunden, Lieferanten, Geschäftspartner des erworbenen Unternehmens einzuholen, um diese weiter zu speichern? Die Konferenz der unabhängigen Datenschutzauf-

sichtsbehörden des Bundes und der Länder hat sich auf einen Katalog von Fallgruppen beim Asset Deal verständigt, der für Klarheit sorgt und den wir gern zur Verfügung stellen.

Haftung des Abschlussprüfers für unrichtige Angaben im Wertpapierprospekt

Für viele Anleger, die sich für eine Investition entscheiden, ist der Bestätigungsvermerk eines Wirtschaftsprüfers ein entscheidendes Kriterium. Wie der Bundesgerichtshof jetzt entschieden hat (12. März 2020, VII ZR 235/19) haftet der Wirtschaftsprüfer gegenüber dem Anleger aus vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung gemäß § 826 BGB, wenn der bestehende Vermerk nicht nur unrichtig ist, sondern der Wirtschaftsprüfer seine Aufgabe auch nachlässig erledigt hat, zum Beispiel durch unzureichende Ermittlungen oder durch Angaben ins Blaue hinein.

Haftung des Geschäftsführers einer insolventen GmbH

Deutsche Juristen kennen die sogenannte Haftung aus Insolvenzverschleppung des Geschäftsführers, der persönlich für den Schaden gerade steht, der den Gläubigern durch eine zu späte Insolvenzantragstellung entsteht (§ 64 Satz 1 GmbHG). Der BGH hat in diesem Zusammenhang mit seiner Entscheidung vom 19.11.2019 (II ZR II 233/18) erneut darauf hingewiesen, dass es sich bei § 64 GmbHG nicht um ein sogenanntes Schutzgesetz handelt; d.h., der einzelne Gläubiger kann nicht sämtlichen Schaden geltend machen, den der Geschäftsführer der Gesellschaft verursacht hat. Für den allgemeinen Erstattungsanspruch ist nur die Gesellschaft selbst, d.h. dann der Insolvenzverwalter, aktivlegitimiert.



D&O versichert / D&O assicurato!

D&O Versicherung bei insolventen Gesellschaften

Der BGH hat am 4.3.2020 eine für in Haftung genommene Manager wichtige und günstige Entscheidung getroffen. Danach kann der Anspruch auf Versicherungsschutz nur durch die versicherte Person selbst geltend gemacht werden, eine etwaige Insolvenz der Versicherungsnehmerin (d.h. des Unternehmens, bei dem der Manager eingestellt war und dass die Versicherungspolice bezahlt) sei nicht von Belang (VIZ 110/19). In dem entschiedenen Fall hatte die Versicherung zunächst die Kostendeckung verweigert, da die Versicherungsnehmerin (das Unternehmen) in der Insolvenz keine Beiträge mehr gezahlt hatte. Da der Anspruch bei Entstehen des Versicherungsfalles auf den versicherten Manager direkt übergegangen war, ist er – zum Glück für ihn – versichert.

DIRITTO SOCIETARIO

Notificazioni dell'agenzia delle entrate presso la sede effettiva della società

Quale legge è applicabile alle società che hanno solo la loro sede legale all'estero (Lussemburgo, Isole del Canale, ecc.), ma che hanno la loro sede amministrativa effettiva in Germania o in Italia? Secondo la legge tedesca, si applica la cosiddetta teoria della sede, vale a dire la legge del paese in cui la società opera effettivamente. In Italia e nell'UE si applica la cosiddetta teoria della costituzione, ovvero la legge del paese in cui la società è stata costituita e registrata. Per quanto riguarda i paesi dell'Unione Europea, anche la Germania deve attenersi a tale principio.

In siffatto contesto è di notevole interesse una decisione della Commissione Tributaria del Lazio (n. 6474 del 20/11/2019). L'agenzia delle entrate aveva notificato un provvedimento presso la sede operativa della società in Italia. La società, che aveva la propria sede legale in Lussemburgo, ha contestato la nullità della notifica in Italia. Indipendentemente dalla teoria della costituzione, i giudici italiani non hanno tuttavia condiviso le doglianze in merito alla validità della notifica. Essendo la società venuta a conoscenza del provvedimento decisione, lo scopo della notificazione era stato raggiunto.

Responsabilità penale delle imprese tedesche in Italia

La questione della legge applicabile ad una società nel territorio nazionale diventa superflua qualora vengano violate disposizioni imperative rientranti nel cosiddetto ordine pubblico di uno Stato, tra le quali rientrano in ogni caso le leggi penali.

La legge tedesca non prevede ancora alcuna forma di responsabilità penale per la persona giuridica. Diversamente la legge italiana, con la legge 231/2001 introdotta circa 20 anni fa, punisce non solo gli organi della società in prima persona, ma anche la società stessa, in caso di carenze organizzative e violazioni del dovere di vigilanza che comportino un danno. La Corte di Cassazione ha confermato ancora una volta (sent. 11626/2020) che, anche qualora il paese di origine della società, dove essa opera abitualmente, non preveda disposizioni penali equiparabili, la società straniera è comunque soggetta, nel territorio italiano, alla legge penale italiana.

Nel frattempo, il governo tedesco ha lanciato un nuovo tentativo e ha approvato una "legge per rafforzare l'integrità dell'economia". Il "diritto penale societario" diventerà così una legge più severa in materia di sanzioni amministrative, specificamente adattata alla criminalità imprenditoriale e contenente elementi di tutela dei consumatori. Non sono previste "pene" per le aziende, ma solo "sanzioni". Rimane da verificare se il Parlamento approverà tale disegno di legge.

M&A e protezione dei dati

Nell'ambito dell'acquisto di un'azienda con un asset-deal si pone la questione se l'acquirente sia obbligato ad ottenere il consenso dei clienti, dei fornitori, e dei partner commerciali dell'azienda acquisita per poterli conservare ulteriormente. La conferenza delle autorità tedesche di vigilanza in materia

di tutela dei dati ha formulato un prontuario che fornisce chiarezza e che siamo lieti di mettere a disposizione.

Responsabilità del revisore per informazioni errate nel prospetto informativo di titoli di credito

Per molti investitori che decidono di investire, la relazione del revisore è un criterio decisivo. Come ha ora deciso la Corte di giustizia federale (12 marzo 2020, R.G. VII ZR 235/19), il revisore contabile è responsabile nei confronti dell'investitore per il danno extracontrattuale arrecato ai sensi del § 826 del Codice Civile tedesco (BGB), qualora la nota apposta non sia corretta e il revisore abbia svolto il suo compito in modo negligente, ad esempio con verifiche inadeguate o con dichiarazioni non comprovate.

Responsabilità dell'amministratore di una GmbH insolvente

Gli avvocati tedeschi conoscono bene la responsabilità dell'amministratore per il ritardo nella proposizione dell'istanza di fallimento, che risponde personalmente di tutti i pagamenti eseguiti dalla società eseguiti dopo l'insolvenza della società (§ 64 frase 1 GmbHG). In questo contesto, la Corte federale di giustizia (BGH) ha nuovamente sottolineato nella sua decisione del 19 novembre 2019 (R.G. II ZR 1233/18) che il § 64 GmbHG non è una disposizione a tutela dei singoli creditori, con la conseguenza che ai creditori sociali è preclusa la rivendicazione individuale dei danni causati dall'amministratore della società. Solo la società stessa, in persona del curatore fallimentare, possiede la legittimazione attiva per la richiesta di rimborso nei confronti dell'amministratore.

Assicurazione D&O per le imprese insolventi

In data 4/3/2020 la Corte federale di giustizia (BGH) ha emanato una decisione importante e favorevole per i dirigenti. Secondo questa decisione, la copertura assicurativa può essere rivendicata solo dall'assicurato stesso; un'eventuale insolvenza del contraente (ovvero la società in cui il dirigente era impiegato e che paga la polizza assicurativa) non è rilevante (VIZ 110/19). Nel caso in questione, la compagnia di assicurazione si era inizialmente rifiutata di coprire i costi perché il contraente (la società) non aveva più pagato premi durante il fallimento. Poiché il diritto al rimborso si trasferisce direttamente in capo al manager assicurato al momento del verificarsi dell'evento assicurato, egli può profittare, per sua fortuna, della copertura assicurativa.



DISTRIBUZIONE

Diritto della distribuzione e diritti umani

Gran parte dei beni di consumo venduti nell'Unione Europea, in particolare capi d'abbigliamento, sono prodotti in Paesi con standard molto bassi di diritti dei lavoratori e dove la tutela dei diritti umani non è garantita.

Nel settembre 2012, una fabbrica tessile in Pakistan, "gestita" da una catena tessile tedesca o che almeno lavorava esclusivamente per tale catena, è stata devastata da un incendio in cui hanno perso la vita 885 lavoratori. Nel marzo 2015, i familiari hanno presentato una richiesta di risarcimento di danni presso il foro della sede tedesca della catena tessile (Dortmund); la richiesta è stata respinta dai giudici tedeschi di prima istanza, stante l'intervenuta prescrizione secondo il diritto pakistano (Tribunale di Dortmund, sentenza dd. 10/1/2019, R.G. n. 7 O 95/15). I giudici di Dortmund, che hanno affermato la propria giurisdizione, hanno applicato la legge pakistana quale legge del paese in cui si è verificato il danno. La legge pakistana prevede un termine di prescrizione breve per le richieste di risarcimento extracontrattuali (un anno), che va rilevato d'ufficio secondo quanto previsto dalla common law.

Tale esito insoddisfacente del procedimento, con cui non è stato possibile accertare la responsabilità del committente tedesco, ha spinto il Ministero federale tedesco per la cooperazione e lo sviluppo economico a presentare una bozza di legge, ai sensi della quale viene inasprita la responsabilità delle imprese tedesche per le violazioni dei diritti umani. (https://die-korrespondenten.de/fileadmin/user_upload/die-korrespondenten.de/SorgfaltGesetzentwurf.pdf). Lo scopo della legge è di stimolare le imprese tedesche ad agire con particolare diligenza mediante analisi dei rischi, misure preventive e azioni correttive, nonché obbligare le aziende a tollerare ispezioni e verifiche che possono essere organizzate, senza alcun preavviso, dalle autorità locali responsabili.

Attualmente non è affatto certo se la legge entrerà in vigore. Sarebbe certamente in contrasto con l'articolo 4 Roma I del regolamento. È fuor di dubbio, tuttavia, che sussista la necessità urgente di una regolamentazione in materia.

P2B - Piattaforma per la regolamentazione delle imprese

Nell'era digitale, lo studio del diritto, l'interpretazione delle leggi del Codice Civile o del BGB si va sempre più allontanando dalle effettive sfide legali che si presentano agli attori dell'attuale mondo degli affari. Un hotel che appare solo sulla quarta pagina di Google o sui portali di viaggio non ha quasi nessuna chance di sopravvivenza. Un venditore che non può vendere tramite Amazon ha un grosso handicap.

Il legislatore europeo ne è consapevole e ha emanato un regolamento (2019/1150) che entrerà in vigore in tutta la UE a partire dal 12/7/2020. In futuro, le regole dei gestori dei portali e dei motori di ricerca non saranno più stabilite dalle condizioni generali di Google & Co, ma dal nuovo regolamento. Finalmente i parametri di determinazione del ranking dovranno essere resi noti e dovrà anche essere rilevato in che modo gli utenti commerciali potranno influenzare attivamente la loro posizione pagando un compenso.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Doctor Hopping – Befangenheit des medizinischen Sachverständigen

In der gerichtlichen Praxis werden Arzthaftungsprozesse in der Regel von Sachverständigen entschieden. Es gibt im Normalfall keinen Richter, der sich traut, dem Gutachter nicht zu folgen. Umso wichtiger ist es, den Sachverständigen ablehnen zu können, wenn das Gutachten die unerwünschte Richtung einschlägt.

Besonders besorgte Eltern einer kranken Tochter waren mit der Therapie ihres behandelnden Arztes nicht zufrieden und verklagten diesen. Sie hatten dabei durchaus eine gewisse Auswahl, da sie in einem Zeitraum von fünf Monaten mindestens zwölf Ärzte besuchten. Dem jeweils neuen Arzt wurde die Diagnose und Anamnese, die der vorherige Arzt festgestellt hatte, verschwiegen.

Als es schließlich zum Prozess kam, stellte der Gutachter ein „Doctorhopping“ mit psychischem Krankheitswert fest. Die Eltern wollten sich dies nicht gefallen lassen und lehnten den Gutachter ab. Das Oberlandesgericht Oldenburg hatte für die Eltern Verständnis, dass sie sich angegriffen fühlten. Es hat dem Ablehnungsantrag dennoch nicht stattgegeben, da die Ausführungen des Gutachters erkennbar in Sorge für das Wohlergehen der Tochter erfolgten und daher eine Unvoreingenommenheit gegenüber dem eigentlichen Patienten nicht dargestellt hätten (OLG Oldenburg, Beschluss vom 2.11.2019, 5 W 50/19).

Rechtsanwalt haftet dem Mandanten für Schäden, wenn er nicht sofort vollstreckt

Wie jeder Rechtsanwalt weiß, freut sich der Mandant, der vor Gericht eine Zahlung gegen einen Schuldner geltend macht, über einen Prozesssieg. Die Freude ist aber ungleich größer, wenn er dann tatsächlich Geld sieht.

In diesem Sinne ist es dem Rechtsanwalt nicht zu empfehlen, sich auf seinen Lorbeeren auszuruhen, sondern auf der Grundlage des erstrittenen Titels sofort und mit allen Mitteln die Zwangsvollstreckung zu betreiben. Ein Kollege, der sich hier zu viel Zeit genommen hatte, wurde vom BGH (Urteil vom 19.9.2019, IX ZR 22/17) zum Schadensersatz verurteilt. Die Verteidigung des Rechtsanwaltes, der Schuldner hätte ohnehin nicht zahlen können, hat dieser nicht beweisen können. In dem entschiedenen Fall klagte zunächst der Rechtsanwalt gegen den unzufriedenen Mandanten auf Zahlung seiner Gebühren. Er hat die Entscheidung bereuen müssen, der Mandant machte im Wege der Widerklage erfolgreich Schadensersatz geltend.

Legal Tech oder Rechtsanwalt?

In Deutschland wurde lange über ein Geschäftsmodell der Rechtsberatung und -durchsetzung gestritten, dem sogenannten legal-tech-Angeboten im Internet: Ohne dass ein Rechtsanwalt beteiligt wird, können Verbraucher über entsprechende Plattformen u.a. Ansprüche auf Flugkostenerstattung, Rückzahlungen von überhöhten Versicherungsprämien und von zu hohen Mieten geltend machen. Für Verbraucher ist dies in der Regel kostenlos, sie treten für den Erfolgsfall einen Teil der ihnen zustehenden Zahlungen an den Dienstleister ab.

Der BGH hat mit Urteil vom 27.11.2019 (VII ZR 2i5/19) erstmals die Rechtmäßigkeit eines solchen Portals („weniger.miete.de“) festgestellt, und zwar zum Ärger unseres Berufsstandes. In Deutschland genießen Rechtsanwälte grundsätzlich ein Rechtsberatungsmonopol, das viele hier verletzt sehen.

Ob der Rechtsanwaltschaft tatsächlich dadurch ein ernstzunehmender Wettbewerber entsteht, bleibt abzuwarten. Bei den gut funktionierenden Portalen für die Flugkostenerstattung bei Verspätungen oder Ausfällen sind die Streitwerte zum Teil so gering, dass sich die Geltendmachung für eine Rechtsanwaltskanzlei nicht rechnen würden. Andererseits fürchten Rechtsanwälte vielleicht zurecht, dass, wenn die Tür nur einen Spalt breit geöffnet wird, das Monopol bald ganz fallen wird. Wehret den Anfängen!

Kassationshof: Überhöhte Rechnungen von Freiberuflern nicht absetzbar

Eine nicht gerade anwaltsfreundliche Entscheidung hat der Kassationshof (Nummer 3414) am 12.2.2020 getroffen. Eine Rechnung eines „ragionere“ (ein Berufsstand, der nur grob mit einem Steuerberater verglichen werden kann) wurde nicht als abzugsfähig anerkannt, weil sie über den Gebührenrahmen der Gebührenordnung hinausging.

Bundesfinanzhof: Rechtsanwalt als Datenschutzbeauftragter (DPO) gewerbsteuerpflichtig

In Deutschland sind Rechtsanwälte grundsätzlich von der Zahlung der Gewerbesteuer befreit. Die Gewerbesteuer wird in Deutschland von den Kommunen erhoben, sie ist je nach Kommune unterschiedlich und beträgt ca. 3 % des zu steuernden Einkommens. Die Befreiung gilt aber nur dann, wenn Rechtsanwälte sich auch auf die Ausübung der anwaltlichen Tätigkeit beschränken. Werden auch nur geringe Einkünfte aus anderen Tätigkeiten – beispielsweise aus der Hausverwaltung – erzielt, gilt das gesamte Einkommen als gewerbsteuerpflichtig. In einer Entscheidung des BFH wurde nun festgestellt, dass der Rechtsanwalt auch dann gewerbsteuerpflichtig wird, wenn er von einer Mandantin als externer Datenschutzbeauftragter ernannt (und vergütet) wird (Urt. v. 14.01.2020, Az. VIII R 27/17).

Italien: Kostenaufhebung nur im Ausnahmefall

Eine Unart italienischer Gerichte, über die sich italienische Kollegen seit jeher ärgern und deutsche Kollegen sich schon immer wundern, ist ihre Kostenentscheidung. Auch wenn eine Partei überwiegend obsiegt, werden die Kosten gern gegeneinander aufgehoben. Der Kassationshof hat in Steuer-sachen jetzt darauf hingewiesen, dass dies nur in Ausnahmefällen erfolgen darf. Die Entscheidung vieler Finanzgerichte, ihre Kostenentscheidung mit allgemeinen Gründen zu versehen, die im Ergebnis dazu führen, dass die Finanzverwaltung dem Kläger keine Kosten zu erstatten braucht, ist danach schlicht falsch (Kassationshof 4764/2020).

US: Kostenaufhebung ist Regelfall – aber Kostenerstattung nach deutschem Recht

Der BGH hatte einen Fall zu entscheiden, in dem

die Parteien einen deutschen Gerichtsstand vereinbart hatten, der Kläger sich aber dennoch an ein US-amerikanisches Gericht gewandt hatte. Das amerikanische Gericht hat folgerichtig die eigene Zuständigkeit nicht angenommen, aber entsprechend dem dort geltenden Verfahrensrecht („American rule of Costs“) keine Kostenerstattung angeordnet, d.h. dass die zu Unrecht beklagte deutsche Partei auf ihren amerikanischen Rechtsverfolgungskosten zunächst sitzen geblieben ist. Diese hat sie dann vor einem deutschen Gericht nach § 280 Abs. 1 BGB wegen Verletzung der Gerichtsstandsvereinbarung eingeklagt. Der BGH (Urteil vom 17.10.2019, III ZR 42/19) hat den Anspruch auf Kostenerstattung anerkannt und damit der Gerichtsstandsvereinbarung auch eine materielle Wirkung zugesprochen.

Erstattung von Reisekosten

Verliert eine Partei in Deutschland einen Prozess, muss sie sämtliche notwendigen Kosten der Rechtsverfolgung der obsiegenden Partei erstatten. Das OLG Frankfurt am Main (24.3.2020, 18 W 32/20) hat jetzt anwaltsfreundlich entschieden, dass dazu auch die Reisekosten eines Rechtsanwaltes gehören, selbst dann, wenn die Kanzlei des Rechtsanwaltes am Prozessort einen Sitz hat. Auf italienische Verhältnisse übertragen: Führt ein Mailänder Kollege in Rom einen Prozess, den er gewinnt, muss ihm der Gegner selbst dann die Reise von Mailand nach Rom und zurück zahlen, wenn die beauftragte Kanzlei auch über eine Niederlassung in Rom verfügt.

Kassationshof: Haftung des mandatierenden Rechtsanwalts

Ein Rechtsanwalt führte einen Prozess für eine Partei, die offensichtlich nicht mehr Willens oder in der Lage war, seine Rechnung zu bezahlen und verklagte daraufhin den Kollegen, der ihm im Namen der zahlungsschwachen Partei das Mandat erteilt hatte. Dieser wiederum verteidigte sich damit, dass die Prozessvollmacht ausdrücklich von der Partei selbst und nicht von ihm ausgestellt wurde. Der Kassationshof (7037/2020) belehrt den Kollegen, dass das privatrechtliche Auftragsverhältnis sich nicht in der Vollmacht spiegeln muss und verurteilt den mandatierenden Rechtsanwalt zur Zahlung.

Fachanwaltschaften bald auch in Italien?

Ein Dauerbrenner im italienischen Berufsrecht ist die Einführung von Fachanwaltschaften, die schon im Jahr 2015 erfolgen sollte. Jetzt hat das italienische Abgeordnetenhaus (Camera) einer Vorlage des Justizministeriums zugestimmt, die noch auf der Grundlage des alten Ministerialdekretes 144/2015 erfolgte, die von den Vertretern aller italienischen Anwaltsvereinigungen in einem gemeinsamen Brief an den Justizminister negativ bewertet wurde. Der Entwurf sieht vor, dass auch Kollegen, die sich bislang nur wissenschaftlich hervorgetan haben (durch eine Zusatzqualifikation wie ein Master oder ein „Dottorato di ricerca“), sich ohne weitere Voraussetzungen mit dem Fachanwaltstitel schmücken können. Im Interesse des ratsuchenden Publikums ist die Kritik durchaus berechtigt.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Doctor Hopping Imparzialità del perito medico

Nella pratica giudiziaria, le cause per responsabilità medica sono decise dai periti. Di solito non c'è giudice che non osi seguire il parere del perito. È quindi tanto più importante poter rifiutare l'esperto se il parere dell'esperto prende la direzione indesiderata.

I genitori di una figlia malata, particolarmente preoccupati, non erano soddisfatti della terapia del loro medico curante e gli hanno fatto causa. Sicuramente hanno avuto una certa possibilità di scelta, poiché hanno visitato almeno dodici medici in un periodo di cinque mesi. La diagnosi e l'anamnesi che il medico precedente aveva determinato non sono state comunicate al nuovo medico.

Quando il caso è finalmente andato in giudizio, il perito accertava un "doctor hopping" con valore di malattia psichica. I genitori, sentendosi offesi, hanno ricusato il perito. La Corte d'Appello di Oldenburg comprende la reazione dei genitori. Tuttavia, non ha accolto la richiesta di ricusazione perché le dichiarazioni del perito sono state fatte con evidente preoccupazione per il benessere della figlia e quindi non avrebbero rappresentato una parzialità nei confronti del paziente effettivo (Corte d'Appello di Oldenburg, ordinanza del 2 novembre 2019, 5 W 50/19).

Legal Tech o Avvocato?

In Germania si è discusso a lungo su un modello di business per la consulenza legale e la sua applicazione, le cosiddette offerte legal-tech su Internet: senza il coinvolgimento di un avvocato, i consumatori possono utilizzare adeguate piattaforme per far valere, tra le altre cose, le richieste di rimborso delle spese di voli aerei, il rimborso di premi assicurativi e il rimborso di affitti eccessivi. Per i consumatori questo è di solito gratuito; in caso di successo del reclamo, essi cedono al fornitore di servizi una parte dei rimborsi a loro spettanti.

Con la sentenza del 27 novembre 2019 (VII ZR 215/19), la Corte federale di giustizia (BGH) ha stabilito per la prima volta la legalità di un tale portale ("weniger.miete.de"), con grande disappunto della nostra professione. In Germania, gli avvocati godono generalmente del monopolio della consulenza legale, che molti vedono qui violata.

Resta da vedere se ciò creerà effettivamente un serio concorrente per la professione legale. Con i portali ben funzionanti per il rimborso delle spese di volo in caso di ritardi o cancellazioni, gli importi in contestazione sono talvolta così bassi che non varrebbe la pena per uno studio legale far valere le proprie pretese. D'altra parte, gli avvocati possono giustamente temere che se la porta viene aperta anche solo per una fessura, il monopolio potrebbe presto completamente cadere. Resistete agli inizi!

L'avvocato risponde nei confronti del cliente per danni se non procede immediatamente all'esecuzione

Come ogni avvocato sa, il cliente che rivendica un pagamento contro un debitore in tribunale è contento di una vittoria in tribunale. Ma la gioia è molto più grande quando vede soldi.

In questo senso, non è consigliabile che l'avvocato si adagi sugli allori, ma che faccia immediatamente valere il debito sulla base del titolo in questione con tutti i mezzi. Un collega che aveva impiegato troppo tempo è stato condannato al risarcimento dei danni dalla Corte federale di giustizia (BGH - sentenza del 19.9.2019 IX ZR 22/17). La difesa dell'avvocato, che il debitore non sarebbe stato in grado di pagare in ogni caso, non ha potuto essere da lui provata. Nel caso che è stato deciso, l'avvocato ha prima citato in giudizio il cliente insoddisfatto per il pagamento dei suoi onorari. Ha dovuto pentirsi della decisione, il cliente ha chiesto con successo il risarcimento dei danni a titolo di domanda riconvenzionale.

Corte di Cassazione: Eccessive fatture di liberi professionisti non deducibili

La Corte di Cassazione (numero 3414) ha preso una decisione non molto favorevole ai liberi professionisti il 12.2.2020. Una fattura di un ragioniere non è stata riconosciuta come deducibile perché superava la tariffa legale degli onorari.

Corte federale delle finanze: Avvocato DPO) soggetto all'imposta sulle attività produttive

In Germania gli avvocati sono generalmente esenti dal pagamento dell'imposta sul commercio. In Germania, l'imposta sul commercio viene riscossa dai comuni; essa varia da comune a comune e ammonta a circa il 3% del reddito imponibile. Tuttavia, l'esenzione si applica solo se gli avvocati si limitano anche all'esercizio della professione forense. Se anche un reddito minimo è ottenuto da altre attività - ad esempio dalla amministrazione di immobili - l'intero reddito è soggetto all'imposta sulle attività produttive. In una decisione della Corte federale delle finanze (BFH) è stato ora accertato che l'avvocato è anche obbligato al pagamento dell'imposta sulle attività produttive se viene nominato (e remunerato) da un cliente quale incaricato esterno della protezione dei dati (sentenza del 14.01.2020, rif. VIII R 27/17).

Italia: compensazione delle spese solo in circostanze eccezionali

Una cattiva abitudine dei tribunali italiani, di cui i colleghi italiani sono sempre stati infastiditi e i colleghi tedeschi se ne sono sempre sorpresi, è la loro decisione sui costi. Anche se una parte risulta in modo predominante vittoriosa in giudizio, i costi vengono spesso compensati tra le parti. La Corte di Cassazione ha ora fatto ora presente in materia fiscale che ciò può essere fatto solo in casi eccezionali. La decisione di molti tribunali tributari di motivare genericamente la loro decisione sulle spese, che alla fine significa che le autorità fiscali non devono rimborsare le spese all'attore, è quindi semplicemente sbagliata (Corte di Cassazione 4764/2020).

USA: la compensazione dei costi è la regola - ma il rimborso delle spese può essere dovuto secondo il diritto tedesco

La Corte federale di giustizia (BGH) ha dovuto decidere in un caso in cui le parti avevano concordato un

foro competente tedesco, ma l'attore si è comunque rivolto a un tribunale statunitense. Di conseguenza, il tribunale americano non ha accettato la propria giurisdizione, ma in conformità con il diritto processuale americano ("American rule of Costs"), non ha ordinato il rimborso delle spese, vale a dire che la parte tedesca erroneamente citata in giudizio ha dovuto sostenere i propri costi. La stessa ha poi presentato un'azione di risarcimento danni dinanzi a un tribunale tedesco ai sensi del § 280 (1) BGB per violazione dell'accordo sul foro competente. Il BGH (sentenza del 17 ottobre 2019, III ZR 42/19) ha riconosciuto la richiesta di rimborso delle spese, attribuendo così anche efficacia materiale all'accordo sulla giurisdizione.

Rimborso delle spese di viaggio

Se una parte soccombe in una causa in Germania, deve rimborsare alla parte vittoriosa tutte le spese legali dovute. La Corte d'Appello di Francoforte sul Meno (24.3.2020, 18 W 32/20) ha ora deciso, in modo favorevole agli avvocati, che questo include anche le spese di viaggio di un avvocato, sebbene lo studio dell'avvocato ha una sede pure nel luogo del contenzioso. Riportato alla situazione italiana: se un collega milanese conduce una causa a Roma, e la vince, l'avversario deve pagargli le spese di viaggio da Milano a Roma e ritorno, anche se lo studio legale incaricato ha un ufficio anche a Roma.

Corte di Cassazione: Responsabilità dell'avvocato che conferisce il mandato

Un avvocato, che stava conducendo una causa per conto di una parte che evidentemente non era più disposta o in grado di pagare la sua parcella, ha fatto causa al collega che lo aveva incaricato per conto della parte che non era in grado di pagare. Quest'ultimo a sua volta si è difeso dicendo che la procura è stata espressamente rilasciata dalla parte stessa e non da lui. La Corte di Cassazione (7037/2020) istruiva il collega che il rapporto contrattuale di diritto privato non deve necessariamente riflettersi nella procura e ha condannato l'avvocato mandante a pagare.

Specializzazioni forensi presto anche in Italia?

Una questione perenne nella professione forense italiana è l'introduzione delle specializzazioni, che dovevano già essere operative dal 2015. Ora la Camera dei deputati italiana ha approvato un disegno di legge del Ministero della Giustizia, che si basava ancora sul vecchio decreto ministeriale 144/2015, che è stato valutato negativamente dai rappresentanti di tutte le associazioni di avvocati italiani in una lettera congiunta al Ministro della Giustizia. La bozza prevede che anche i colleghi che finora si sono distinti solo dal punto di vista accademico (attraverso un titolo aggiuntivo come un Master o un "Dottorato di ricerca") potranno fregiarsi del titolo di avvocato specializzato senza ulteriori requisiti. Nell'interesse del pubblico in cerca di consulenze specialistiche, questa critica è del tutto giustificata.

VERSICHERUNGSRECHT - COVID 19

Italien: KFZ-Haftpflichtversicherung während der Coronavirus Pandemie

Das ital. Gesetzesdekret Nr. 18 vom 17. März 2020, das sogenannte Decreto Cura Italia, sieht in Art. 125 einige Maßnahmen für den Versicherungssektor im Bereich der Kfz-Versicherung vor:

a) Verlängerung der vertraglichen Verfallsdaten von Kfz-Haftpflichtversicherungen (Art. 125, Abs. 2)

Für den Zeitraum vom 17.03. bis 31.07.2020 wurde die in Artikel 170-bis des ital. Gesetzesdekrets Nr. 209/2005 (Privatversicherungsgesetz) genannte Frist um weitere 15 Tage verlängert.

Gemäß Art. 170-bis hat der Versicherungsvertrag eine Laufzeit von einem Jahr. Er wird nicht stillschweigend erneuert, die Gültigkeit der Garantie wird allerdings um 15 Tage verlängert.

Mit dem Decreto Cura Italia profitieren Versicherungsverträge, die bis zum 31.07.2020 auslaufen, ex lege von einer Gesamtverlängerung von 30 Tagen.

b) Verlängerung der Fristen für die Formulierung des Entschädigungsangebots bzw. einer begründeten Ablehnung durch den Versicherer (Art. 125, Abs. 3).

Bis zum 31.07.2020 werden die Fristen für die Formulierung des Entschädigungsangebots bzw. der begründeten Ablehnung durch den Versicherer gemäß Art. 148 Abs. 1 und 2 des Gesetzesdekrets Nr. 209/2005 (Privatversicherungsgesetzbuch) um weitere 60 Tage verlängert. Dies gilt jedoch, expressis verbis, nur in Fällen wo ein Sachverständiger bzw. ein medizinisches Gutachten zwecks Ermittlung des Sach- u/o Personenschadens erforderlich wird.

Bekanntlich sieht der ital. Privatversicherungscodex drei verschiedene Fristen vor, innerhalb derer der Versicherer antworten muss. Dementsprechend wurden mit dem Decreto Cura Italia die Fristen wie folgt verändert:

- bei reinen Sachschäden ist die Frist, sofern der Unfallbericht (constatazione amichevole) von dem am Unfall beteiligten Fahrer unterzeichnet wurde, auf 90 Tage verlängert

- bei den sonstigen Sachschäden wurde die Frist auf 120 Tage verlängert

- bei Personenschäden bzw. Todesfall wurde die Frist auf 150 Tage verlängert,

wenn und soweit, wie in der Vorschrift ausdrücklich vorgesehen, zur Beurteilung des Sach- oder Personenschadens ein Sachverständigengutachten erforderlich ist. In diesen Fällen wird angesichts der Unmöglichkeit, die vom Staat erlassenen Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus zu erfüllen, ein längerer Bearbeitungszeitraum gewährt. Erwähnenswert ist hierbei auch der Umstand, dass mehrere Ärzte- und Amtsärzterverbände sowie das INPS bereits Anfang März erklärt haben, dass die medizinischen Untersuchungen ausgesetzt wurden. MB

Deutschland: Versicherungsschutz für Unternehmen während der Coronavirus-Pandemie

Mit der Ausbreitung der Coronavirus-Pandemie ist das Interesse der Unternehmen an einem Versicherungsschutz erheblich gestiegen. Soweit die Geschäftstätigkeit aufgrund der vom Staat verordneten Schließung des Unternehmens aufgrund der Maß-

nahmen zur Bekämpfung der Pandemie (Infektionsschutzgesetz) eingestellt wird, bleibt das Unternehmen auf seinen Fixkosten (z.B. Miete, Hypothekenzinsen, Personalkosten, Inventar usw.) sitzen und es fehlen die Einnahmen.

Besonderes Augenmerk sollte daher auf folgende Versicherungspolizen gelegt werden: die Betriebsunterbrechungs- bzw. Betriebsschließungsversicherung und die All-Risks-Versicherung. Während diese ersten drei Versicherungen dazu bestimmt sind, alle Risiken abzudecken, die sich aus der eigenen Geschäftstätigkeit ergeben, kann das versicherte Unternehmen bei der Warenkreditversicherung nicht nur verschiedene Dienstleistungen in Anspruch nehmen, die der Versicherer anbietet, sondern von diesem, sowohl bei der Forderungseintreibung als auch im Falle der Insolvenz des Geschäftspartners, unterstützt werden.

Infolge der Pandemie, die auch Deutschland wirtschaftlich schwer getroffen hat, wird in verschiedenen Zeitungen berichtet, dass der Freistaat Bayern vor kurzem eine Vereinbarung mit bestimmten Versicherern, die so genannte „Bayerische Vereinbarung“, abgeschlossen hat, die darauf abzielen soll, dem Handel nicht nur staatliche Subventionen zuzusichern, sondern auch von bestimmten Versicherungspolizen profitieren zu können, obgleich die Versicherer tendenziell dazu neigen würden, jegliche Entschädigung aufgrund der durch die Ausbreitung des Coronavirus entstandenen wirtschaftlichen Nachteile zu verweigern. Die Versicherer hätten sich durch diese Vereinbarung nunmehr bereit erklärt, aus reiner Kulanz Versicherungsschutz anzuerkennen, allerdings nur im Rahmen eines Kontingents von ca. 10%-15% der vertraglich vereinbarten Entschädigung. Dieses Angebot, das auf nationale Ebene ausgeweitet werden würde, basiert auf den Umständen, dass durch staatliche Hilfsmittel in Höhe von 70 % der Einbußen Abhilfe geleistet werden würde, so dass für die verbleibende 30 % die Versicherer sich bereit erklärt hätten, ein „pro bono“-Angebot bis zur Hälfte des noch offenen Kontingents anzubieten.

Es bestehen jedoch ernsthafte Zweifel an der Verbindlichkeit dieser Vereinbarung für das einzelne versicherte Unternehmen, zumal die Bundesagentur für Arbeit in den letzten Wochen, das Kurzarbeitergeld mit der Begründung verweigert haben will, dass man die Ausfälle durch die Entschädigung aus der Betriebsschließungsversicherung abdecken könne. Auch diese Haltung ist aus juristischer Sicht bedenklich, zumal beide Positionen im Widerspruch zueinanderstehen.

Aus diesem Grund sollten zum einen die jeweilige unternehmerische Situation, zum anderen die Versicherungspolice überprüft werden, um sowohl die staatlichen Zuschüsse als auch die zustehenden Entschädigungen aus dem Versicherungsvertrag zu erhalten. Hierbei ist es besonders wichtig, eine besondere Sorgfalt anzuwenden und einerseits alle erforderlichen Beweise zum Nachweis der prekären Situation und des erlittenen Schadens zu sammeln, ande-

ERBRECHT & CORONA

Formen der Nottestamente nach deutschem Recht

Der BGB-Gesetzgeber hat Ende des 19. Jahrhunderts den Coronavirus sicher nicht voraussehen können; bei der Formulierung der §§ 2249 und 2250 BGB, die das Nottestament vor dem Bürgermeister in Anwesenheit von zwei Zeugen und das sogenannte Dreizeugentestament regeln, hatte man aber Notlagen im Auge, die sich sicher auch in Pandemien ergeben können.

Das Nottestament setzt die Befürchtung voraus, dass der Erblasser sterben könne, bevor er ein notarielles Testament aufsetzen lassen könnte. Dass er noch in der Lage sein könnte, ein handschriftliches Testament zu verfassen, schließt die Anwendung eines Bürgermeister- oder eines Dreizeugentestaments nicht aus.

Der Bürgermeister muss die Umstände und den Willen des Erblassers festhalten, er übt die Funktion eines Notars aus. Die beiden Zeugen, die das Testament mitunterschreiben müssen, dürfen weder vom Testament begünstigt noch als Testamentsvollstrecker eingesetzt werden. Wenn der Erblasser nicht in der Lage sein sollte, selbst zu unterzeichnen, wird die Unterschrift durch die Erklärung des Bürgermeisters und der Zeugen ersetzt.

Sollte sich der Erblasser an einem Ort befinden, an dem weder ein Notar noch ein Bürgermeister greifbar sein sollten, oder steht zu befürchten, dass er sterben könnte, bevor er Notar oder Bürgermeister erreicht, kann er seinen letzten Willen drei Zeugen anvertrauen, die diesen protokolllarisch festhalten und ununterbrochen bei der Aufstellung des Testaments anwesend sein müssen. Die Zeugen dürfen nicht mit dem Erblasser verwandt oder verschwägert sein, das Testament darf auch für sie oder Personen, mit denen sie verwandt oder verschwägert sind, keine Zuwendungen enthalten. Es ist zulässig, dass ein deutscher Staatsbürger auch im Ausland ein solches Testament errichtet; dabei geht man stillschweigend von einer Wahl des deutschen Rechts aus. Die so errichteten Nottestamente haben eine beschränkte Gültigkeit von drei Monaten (§ 2252 BGB).

rerseits, wie in der Regel in der Police vorgesehen, zumindest Weisungen vom Versicherer einzuholen, um in Zukunft erfolgversprechende Verhandlungen führen zu können und/oder die Geltendmachung von Ansprüchen nicht zu beeinträchtigen.

Bezeichnend ist hier das jüngste Urteil des LG Mannheim vom 29.04.2020, 11 O 66/20 zu erwähnen, mit welchem die erste Schwelle zur Entscheidung aus den Policen genommen wurde. So entschied das Gericht, dass für die aufgrund der Coronavirus Pandemie erzwungene Unterbrechung und/oder Schließung des Betriebes Deckung besteht, selbst wenn der factum principis als eine Maßnahme herausstelle, die sich nicht nur an ein einzelnes Unternehmen, sondern an das gesamte Land richte. Weiterhin wurde klargestellt, dass der Verweis auf die §§ 6 und 7 IfSG lediglich beispielhaft und nicht abschließend sei, weshalb auch die Coronavirus-Pandemie erfasst würde. MB

ASSICURAZIONI - COVID 19

Italia: RC Auto ai tempi del Coronavirus

Il decreto-legge 17 marzo 2020 n. 18, c.d. Decreto Cura Italia prevede con il suo art. 125 alcune misure per il settore assicurativo in ambito rc auto:

a) Proroga delle scadenze contrattuali delle polizze RCA (art. 125, comma 2)

Per il periodo dal 17.03 al 31.07.2020, il termine di cui all'art 170-bis del d.lgs. n. 209/2005 (Codice delle Assicurazioni Private) è stato prorogato di ulteriori quindici giorni.

In base all'art. 170-bis il contratto di assicurazione della RCA ha durata annuale. Esso non si rinnova tacitamente, ma l'efficacia della garanzia si estende non oltre il 15 giorno successivo.

Con il decreto Cura Italia i contratti assicurativi che dovessero scadere entro il 31.07.2020 beneficiano ex lege di un'estensione temporale di complessivi 30 giorni.

b) Proroga dei termini per la formulazione dell'offerta risarcitoria o della motivata contestazione in ambito RCA (art. 125, comma 3)

Fino al 31.07.2020 i termini per la formulazione dell'offerta risarcitoria o della motivata contestazione previsti dall'art. 148 commi 1 e 2 del d.lgs. n. 209/2005 (Codice delle Assicurazioni Private), sono prolungati di diritto di ulteriori 60 giorni, ma solo nei casi di necessario intervento di un perito o di un medico legale ai fini della valutazione del danno alle cose o alla persona.

Come noto, il Codice delle Assicurazioni Private prevede tre distinti termini per il riscontro da parte dell'assicurazione. Di conseguenza con il Decreto Cura Italia

- per i sinistri con soli danni a cose: il termine, ove il modulo di denuncia (constatazione amichevole) sia stato sottoscritto dai conducenti coinvolti nel sinistro, è stato prolungato a 90 giorni

- per i sinistri con soli danni a cose il termine per formulare una risposta è stato prolungato a 120 giorni

- per i sinistri che abbiano causato lesioni personali o il decesso il termine per formulare una risposta è stato prolungato a 150 gg

ove, come espressamente previsto dalla norma, via sia un necessario intervento di un perito o di un medico legale ai fini della valutazione del danno alle cose o alla persona. In questi casi, vista l'impossibilità di ottemperare altrimenti alle misure cautelative imposte dallo Stato ai fini di fronteggiare la diffusione del Coronavirus, viene concesso un maggiore termine di gestione. In merito va tra l'altro menzionato che diverse Associazioni di Medici e medici Legali così come l'INPS hanno dichiarato già ai primi di marzo che le visite medico legali erano sospese. MB

Germania: La copertura assicurativa aziendale durante la pandemia di Coronavirus

Con la diffusione della pandemia di Coronavirus l'interesse delle aziende ad ottenere copertura assicurativa è incrementato fortemente. Quando l'attività imprenditoriale si ferma in forza della sospensione e/o chiusura dell'azienda imposta dallo Stato a fronte delle misure adottate per combattere la pandemia (Infektionsschutzgesetz: legge statale tedesca sulle infezioni), l'impresa continua a sostenere dei costi fissi (ad es.: spese di affitto, interessi sui mutui, costi del persona-

le, magazzino ecc.), ma nello stesso momento viene privata dell'utile operativo.

Particolare attenzione va allora rivolta alle seguenti tipologie di polizze assicurative: la Betriebsunterbrechungs- ovvero la Betriebsschließungsversicherung (polizza assicurativa per l'interruzione dell'attività produttiva e/o aziendale e quella per la chiusura aziendale) e la All-risks-versicherung (assicurazione all risks). Mentre queste prime tre assicurazioni sono volte a coprire eventuali rischi scaturenti dalla propria attività imprenditoriale, con la Warenkreditversicherung (assicurazione crediti commerciali) l'azienda assicurata può non solo beneficiare di diversi servizi offerti dall'assicuratore nel corso dell'attività commerciale, ma potrà vedersi affiancata dal proprio assicuratore sia nella fase del recupero credito che nel riconoscimento di un indennizzo in caso di insolvenza del proprio partner commerciale.

In seguito alla pandemia che ha fortemente colpito a livello economico anche la Germania, dalle varie testate giornalistiche si apprende che il Land Bayern ha di recente concluso con taluni assicuratori un'intesa, cd. Bayerische Vereinbarung, volta a rassicurare la classe imprenditoriale di poter usufruire non solo dei sussidi statali ma al contempo di talune polizze assicurative, nonostante dal fronte assicurativo sia stata percepita la diffusa tendenza a negare alle conseguenze derivanti dal Coronavirus la posizione di rischio coperto da polizza e quindi un dovere contrattuale a indennizzare. Le assicurazioni si sarebbero tuttavia dichiarate disposte a riconoscere, aus Kulanz - ovvero senza che, a loro detta, sussista alcun dovere contrattuale - copertura assicurativa, ma solo nei limiti di un contingente pari a ca. 10%-15% rispetto all'indennizzo pattuito contrattualmente. Tale offerta, che verrebbe estesa a livello nazionale, si fonderebbe sul fatto che se i sussidi statali vanno a coprire ca. un 70%, mentre per il restante 30% l'assicurazione verrebbe incontro all'assicurato con una sorta di riconoscimento "pro bono" fino alla metà di tale contingente residuo.

Forti dubbi sorgono tuttavia in merito al valore vincolante di tale patto nei confronti dei singoli imprenditori assicurati, tanto più che sul fronte statale, secondo notizie di giornale delle ultime settimane, la Bundesagentur für Arbeit, l'agenzia statale per il lavoro, pare abbia negato in taluni casi i sussidi statali in presenza di una delle menzionate polizze assicurative. Anche tale atteggiamento è criticabile sul fronte giuridico, posto che entrambe le posizioni si dimostrano contrastanti tra di loro.

A motivo di ciò, andrà allora valutata non solo la singola posizione imprenditoriale ma anche i termini della polizza assicurativa stipulata al fine di scegliere la strada migliore per ottenere sia il sussidio statale che, eventualmente, l'indennizzo assicurativo. Al fine di verificare la convenienza di reclamare in particolare l'indennizzo assicurativo pare opportuno tenere un comportamento contrattualmente diligente, raccogliendo, a titolo precauzionale, tutte le prove necessarie per dimostrare la situazione di precarietà ed i danni subi-

SUCCESSIONI & CORONA

Forme testamentarie in situazioni di emergenza secondo il diritto Tedesco

Certamente il legislatore del BGB a fine 1800 non poteva prevedere il Corona Virus del 2020, ma probabilmente aveva in mente situazioni di emergenza tra cui epidemie, quando ha formulato le disposizioni dei §§ 2249 e 2250, che stabiliscono le modalità e le forme con cui il testatore può validamente affidare le proprie ultime volontà al sindaco, assistito da due testimoni, oppure a tre testimoni.

Il presupposto è che si tema che il testatore possa morire prima di poter fare un testamento pubblico presso un notaio. Il fatto che potrebbe redigere un testamento olografo (manoscritto, sottoscritto e firmato) non esclude la possibilità di ricorrere alle forme del testamento del sindaco o dei tre testimoni.

Il sindaco deve redigere verbale delle circostanze e delle volontà del testatore, svolge la funzione del notaio e i testimoni, che devono firmare il verbale, non possono essere persone beneficiarie nel testamento o nominati esecutori testamentari. Se il testatore non è in grado di sottoscrivere, la sua sottoscrizione viene sostituita dalla corrispondente dichiarazione del sindaco e testimoni.

Chi si trovi in un luogo, in cui per circostanze eccezionali, non sia possibile far testamento né innanzi a un notaio, né innanzi al sindaco, oppure si tema che possa morire prima di far testamento innanzi a un notaio o al sindaco, può affidare le sue ultime volontà a tre testimoni, che ne redigono verbale e devono assistere ininterrottamente alla redazione. I testimoni non possono essere legati da rapporto di coniugio o parentela in linea retta con il testatore, né può derivare per loro o per loro parenti o coniugi un vantaggio dalle disposizioni testamentarie. È possibile che un cittadino tedesco faccia testamento anche all'estero con tale modalità (si presume una scelta di legge per il diritto tedesco).

I testamenti redatti con queste modalità hanno una validità ridotta a tre mesi (§ 2252). AC

ti e denunciare al proprio assicuratore il sinistro (Schadenmeldung) nonché richiedere, come solitamente previsto in polizza, quantomeno istruzioni al proprio assicuratore (Weisungen) per poter poi intraprendere delle trattative serie e/o non pregiudicarsi una tutela (anche giudiziale) nel futuro.

Da ultimo va menzionata la recente sentenza del Tribunale di Mannheim dd. 29.04.2020 sub RG. 11 O 66/20 con il quale si sie aperta una prima soglia favorevole all'ottenimento dell'indennizzo assicurativo. Il Tribunale ha infatti stabilito che l'interruzione e/o la chiusura dell'attività produttiva e/o aziendale sono coperti dalle relative polizze anche se il factum principis costituisca una misura rivolta non solo ad una singola azienda ma all'intera nazione. In secondo luogo è stato chiarito che il rinvio ai §§ 6 e 7 dell'IfSG (legge statale tedesca sull'infezione) ha mero scopo esemplificativo e non esaustivo, motivo per cui anche la pandemia da Coronavirus risulterebbe ricompresa. MB

IMMOBILIENSEITE

Immobilienmarkt zur Zeit des Corona-Virus

Das Coronavirus verursacht einen weiteren Rückschlag für den ohnehin schon schwierigen Immobilienmarkt in Italien: Es wird geschätzt, dass die Immobilienpreise in drei Jahren um durchschnittlich 16% sinken werden. Die Verkäufe werden bis 2021 um 35% zurückgehen. Investitionen in große Immobilienprojekte werden um zwei Drittel reduziert. Damit wurde eine Branche erstickt, die nach dem 24%igen Preisrückgang zwischen 2010 und 2019 endlich wieder in eine positive Phase zurückkehrte.

Die Auswirkungen der Abriegelung treffen die Hausverkäufe hart, der gesamte Immobilienvermittlungssektor befindet sich in Turbulenzen. Zwischen März und April gab es in Italien mindestens 25.000 aufgeschobene Immobilienverkäufe und über 35.000 ausstehende Darlehen.

Aus der Sicht eines Käufers, auch eines Ausländers, kann der jetzige Zeitpunkt natürlich als ausgezeichnete Gelegenheit betrachtet werden, in eine Immobilie in Italien zu investieren, ohne zu viel Geld auszugeben.

Seit Montag, dem 4. Mai, haben die italienischen Immobilienagenturen wieder geöffnet. Jeder Immobilienmakler wird darauf achten, die Protokolle über die soziale Distanz zu den in den verschiedenen Maßnahmen erlassenen Gesundheits- und Hygienevorschriften zu befolgen. Die Möglichkeit für Kunden, zu Immobilienagenturen zu gehen und die Immobilien zusammen mit den Maklern zu besichtigen, wird bestätigt.

Der deutsche Immobilienmarkt hingegen hat momentan noch keine größeren negativen Auswirkungen der durch das Coronavirus verursachten Situation, auch aufgrund der konkreten und unmittelbaren Hilfe für Privatpersonen und Unternehmen auf Bundes- und Landesebene, in unmittelbarer Zukunft zu verzeichnen. Genaue Entwicklungsanalysen für Deutschland sind derzeit nur schwer möglich, was auch davon abhängen wird, wie der Markt auf etwaige Schwierigkeiten von Unternehmern und Privatpersonen bei ihrer Arbeit und ihrem Einkommen reagieren wird.

Unterstützungsmaßnahmen für Mieter und Kreditnehmer

Das Recht der Vermieter, Miet- und Pachtverträge wegen Zahlungsverzugs zu kündigen, ist für einen bestimmten Zeitraum begrenzt.

In Deutschland sieht ein neues Gesetz vor, dass Mieter bei erwiesener Notwendigkeit die Miete für drei Monate, zunächst von April bis Ende Juni 2020, aufschieben können. Pächter müssen nachweisen, dass sie durch die Coronavirus-Pandemie reale Verluste erlitten haben, z.B. weil ihre Arbeitgeber sie in Kurzarbeit geschickt haben oder weil sie als Gastronomen ihre Restaurants schließen mussten; oder weil sie als Selbständige und Freiberufler weniger Einkommen aus der Zwangsschließung vieler Betriebe bezogen haben.

Es muss natürlich klar sein, dass die Mietzahlung nur aufgeschoben wird und in jedem Fall zurückgezahlt werden muss. Der Mieter hat maximal zwei Jahre Zeit, um den ausstehenden Betrag zu begleichen. Erst nach Ablauf dieser Frist kann der Vermieter den Mietvertrag kündigen, wenn er noch mit zwei Monatsmieten im Rückstand ist.

Damit soll verhindert werden, dass private Mieter ihre Wohnungen und gewerbliche Mieter durch den vorübergehenden Einkommensverlust infolge der Coronavirus-Pandemie ihre Geschäftsgrundlage verlieren.

Wer von der Coronavirus-Krise betroffen ist, kann auch in Deutschland für vor dem 15. März 2020 abgeschlossene Konsumentenkredite eine Aussetzung der Ratenzahlungen in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 2020 beantragen. Die regelmäßigen Zahlungen müssen dann im Juli 2020 wieder aufgenommen werden. Nach der Aussetzung der Zahlungen wird die Laufzeit des Darlehens um drei Monate verlängert.

Bedingung für die Aussetzung der Zahlungen: Die Kreditnehmer haben durch die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie Einkommensverluste erlitten, so dass es unzumutbar ist, ihren Verpflichtungen aus dem Kreditvertrag nachzukommen, ohne ihren Lebensunterhalt oder den ihrer Familie zu gefährden.

Im Gegenteil, in Italien gibt es bisher keine gesetzliche Bestimmung, die es dem Mieter erlaubt, die Zahlung der vertraglich vereinbarten Miete auszusetzen und nicht einmal deren Höhe zu reduzieren, so dass in dieser schwierigen Zeit die Lösung durch eine Vereinbarung zwischen den Parteien des Mietverhältnisses gefunden werden muss: Auf der einen Seite der Mieter, der offensichtlich daran interessiert ist, seine Wohnung zu behalten; auf der anderen Seite der Vermieter, der ebenfalls geneigt ist, den Vertrag am Leben zu erhalten, um nicht noch mehr durch eine fortschreitende Säumigkeit seines Mieters bestraft zu werden.

Widerruf von deutschen Immobilienkreditverträgen

Ende März gab es eine wichtige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH - Rechtssache C-66/19), der die so genannte Belehrung über das Widerrufsrecht bei bestimmten Kreditverträgen für unvereinbar mit dem europäischen Recht erklärt hatte und damit Verbrauchern die Möglichkeit eröffnete, ihre Darlehensverträge für den Kauf von Immobilien oder das Leasing von Fahrzeugen zu widerrufen.

Der EuGH erklärte, dass die Informationen über das Widerrufsrecht den Verbrauchern „in klarer und prägnanter Form“ mitteilen sollten, wie die Frist für ihr Widerrufsrecht vom Vertrag berechnet wird. Die in Finanzierungsverträgen enthaltenen Informationen, die sich auf eine nationale Bestimmung beziehen, die wiederum auf andere Vorschriften verweist, sind daher nach Ansicht des EuGH nicht ausreichend. Die fragliche Klausel findet sich in den in Verträgen enthaltenen Informationen über den Widerruf. Dort wird für den Beginn der Widerrufsfrist auf „§ 492 Abs. 2“ des Bürgerlichen Gesetzbuches verwiesen. Viele Banken und

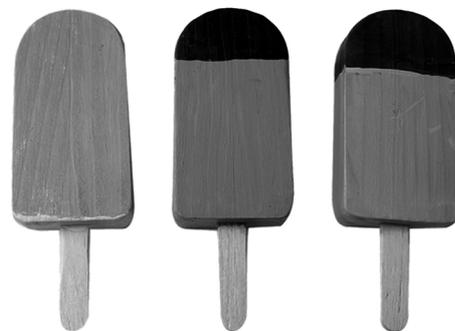
Immobilienfinanzierer haben diesen Verweis in ihren Verträgen verwendet, vom Schuldrecht bis hin zu den allgemeinen Bestimmungen über die Bedingungen des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches, unter deutschen Juristen auch als „Kaskadenverweis“ bekannt.

Der Bundesgerichtshof (BGH), der die jetzt vom Europäischen Gerichtshof angegriffene Formulierung bereits 2016 für rechtmäßig erklärt hatte, hat jedoch zwischenzeitlich zwei Beschlüsse erlassen, die klarstellen, dass das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 26. März 2020 die bisherige bundesdeutsche Rechtsprechung nicht grundsätzlich ändert. Insbesondere, wenn die Bank das vom Gesetzgeber in Anlage 7 zu § 247 § 6 Abs. 2 und § 12 Abs. 1 EGBGB verabschiedete Modell im Darlehensvertrag in hervorgehobener und in klar formulierter Form verwendet. Im Jahr 2010 hat der deutsche Gesetzgeber diesen so genannten kaskadierenden Verweis auf § 492 Abs. 2 BGB in einen offiziellen „Mustertext“ aufgenommen - und damit eine sogenannte „Rechtsfiktion“ geschaffen. Banken, denen aufgrund des EuGH-Urteils ein Widerruf droht, können daher geltend machen, das geltende deutsche Recht eingehalten zu haben.

Der Bundesgerichtshof begründete seinen Standpunkt damit, dass die Rechtsfiktion zu Gunsten der Bank ausfalle und dass die Bank mit dem vom deutschen Gesetzgeber vorgesehenen Informationsmodell zur Widerrufsbelehrung den Verbraucher in klarer und prägnanter Form über das ihm zustehende Widerrufsrecht informiert. Würde sie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs folgen, verstieße sie nach Auffassung des Bundesgerichtshofs gegen das in Deutschland geltende formale Recht (contra legem) und damit gegen den in Art. 20 Abs. 3 GG verankerten Grundsatz der Gewaltenteilung.

Es ist zu beachten, dass der Widerruf von Darlehensverträgen aufgrund von Fehlern in den Widerrufsinformationen in Deutschland immer wieder ein Thema von großem Interesse ist, gerade weil hier, anders als in Italien, wo ein für den Antragsteller kostenloser Forderungsübergang (surroga oder portabilità) von Darlehen möglich ist, eine Vorfälligkeitsentschädigung droht.

Es ist daher immer ratsam, zu prüfen, ob diese Widerrufsbelehrungen formell korrekt sind, da es sonst immer möglich wäre, den Darlehensvertrag gegebenenfalls zu widerrufen.



PAGINA IMMOBILIARE

Mercato immobiliare ai tempi del corona virus

Il coronavirus causa un'ulteriore battuta d'arresto al già difficile mercato immobiliare in Italia: si calcola che i prezzi degli immobili caleranno in media del 16% in tre anni. Le compravendite crolleranno del 35% entro il 2021. Gli investimenti su grandi progetti immobiliari si ridurranno di due terzi. Asfissando un settore che dopo il calo del 24% delle quotazioni tra il 2010 e il 2019 stava tornando finalmente in una fase positiva.

L'impatto del lockdown colpisce duramente le vendite delle case, tutto il comparto delle agenzie immobiliari è in grande difficoltà. Tra marzo e aprile in Italia si registrano almeno 25mila compravendite di immobili rimandate e oltre 35mila mutui rimasti in sospeso.

Visto dall'ottica di un acquirente, anche straniero, il momento attuale può essere considerato naturalmente come una ottima occasione per investire in un immobile in Italia senza spendere cifre esagerate.

Da lunedì 4 maggio, le agenzie immobiliari italiane hanno riaperto. Ogni agente immobiliare avrà cura di seguire i protocolli relativi alla distanza sociale alle norme igienico sanitarie emanate nei vari provvedimenti. È confermata la possibilità per i clienti di recarsi presso le agenzie immobiliari e di visitare gli immobili insieme agli agenti.

Il mercato immobiliare tedesco non ha invece subito nell'immediato grandi effetti negativi dalla situazione generata dal corona virus, anche per gli aiuti concreti ed immediati concessi a privati ed imprese sia a livello federale che regionale. È difficile al momento fare analisi di sviluppo precise, che dipenderanno anche da come reagirà il mercato ad eventuali difficoltà che dovranno affrontare imprenditori e privati nella loro attività lavorativa e di guadagno.

Misure di sostegno a favore di inquilini e mutuatari

Il diritto dei locatori di rescindere i contratti di locazione e di affitto a causa di ritardi nei pagamenti viene limitato per un determinato periodo di tempo.

In Germania una nuova legge stabilisce che gli inquilini possono posticipare in caso di comprovata necessità, l'affitto per tre mesi, per ora da aprile a fine giugno 2020. Gli inquilini devono dimostrare di aver subito perdite reali a causa della pandemia del corona virus, ad esempio, perché i loro datori di lavoro li hanno mandati in cassa integrazione, o perché, quali ristoratori, hanno dovuto chiudere i loro ristoranti; oppure perché sono lavoratori autonomi e liberi professionisti e hanno percepito un minor guadagno causato dalla chiusura obbligatoria di molte aziende.

È chiaro naturalmente che il pagamento dell'affitto è solo differito e va comunque pagato. L'inquilino ha al massimo due anni di tempo per pagare l'importo rimasto in sospeso. Solo dopo questo periodo, il padrone di casa può dargli la disdetta se è ancora in arretrato con due mesi di affitto.

Con tali regole si vuole evitare che gli inquilini privati perdano le loro abitazioni e che i locatori commerciali perdano la base per la loro attività a causa della perdita temporanea di reddito dovuta alla pandemia del corona virus.

Chiunque sia stato colpito dalla crisi del corona virus può in Germania richiedere anche la sospensione delle rate del mutuo nel periodo dal 1° aprile al 30 giugno 2020 per i prestiti al consumo conclusi prima del 15 marzo 2020. I pagamenti regolari devono poi essere ripresi nel luglio 2020. In seguito alla sospensione del pagamento la durata del credito viene prolungata di tre mesi.

Condizione per la sospensione dei pagamenti: mutuatari hanno avuto una perdita di reddito a causa della diffusione della pandemia COVID 19, rendendo così inaccettabile l'adempimento degli obblighi previsti dal contratto di prestito senza mettere in pericolo il loro sostentamento o quello della loro famiglia.

Al contrario in Italia non vi è stato ancora nessun intervento legislativo che autorizzi l'inquilino a sospendere il pagamento del canone contrattualmente pattuito e nemmeno di autorizzarsi la misura, talché in questo difficile periodo la soluzione deve essere raggiunta attraverso un accordo tra le parti del rapporto di locazione: da un lato il conduttore, ovviamente interessato a continuare ad occupare la propria abitazione; dall'altro il locatore, anch'egli propenso a mantenere in vita il contratto per evitare di rimanere ancor più penalizzato da una progressiva morosità del suo inquilino.

Recesso dai contratti di mutuo immobiliari tedeschi

A fine marzo c'era stata una importante decisione della Corte di Giustizia europea CGUE (CGUE - causa C-66/19) che aveva dichiarato incompatibili con il diritto europeo le cosiddette informative sul diritto di recesso di alcuni contratti di credito, aprendo quindi la possibilità per i consumatori di revocare eventualmente i loro contratti di prestito per l'acquisto di immobili o per il leasing di veicoli.

La CGUE ha spiegato che le informazioni sul diritto di recesso devono indicare ai consumatori "in forma chiara e concisa" come viene calcolato il periodo di tempo per il loro diritto di recesso dal contratto. Le informazioni contenute nei contratti di finanziamento che fanno riferimento ad una disposizione nazionale, che a sua volta fa riferimento ad altre norme, non sono pertanto sufficienti. La clausola in questione si trova nelle informazioni sul recesso contenute nei contratti. Lì si fa riferimento al "§ 492 comma 2" del Codice Civile tedesco per l'inizio del periodo di recesso. Molte banche e finanziatori immobiliari hanno utilizzato questo rinvio nei loro contratti, a partire dal diritto delle obbligazioni fino alle disposizioni generali sui termini del Codice Civile tedesco, conosciuto tra i giuristi tedeschi anche come "rinvio a cascata".

Tuttavia, la Corte Suprema federale di giustizia tedesca (BGH) che aveva dichiarato legittima già nel 2016 la formulazione ora contestata dalla Corte di Giustizia europea, ha nel frattempo emesso due ordinanze con le quali chiarisce che la sentenza della Corte di giustizia europea del 26 marzo 2020 non modifica in linea di principio la precedente giurisprudenza federale tedesca. In particolare se la Banca utilizza nel contratto di prestito, in forma evidenziata e chiaramente formulata, il modello adottato dal legislatore nell'allegato 7 dell'articolo 247 § 6 (2) e § 12 (1) EGBGB. Infatti nel 2010 il legislatore tedesco ha inserito questo cd. rinvio a cascata all'articolo 492 (2) del Codice Civile tedesco in un testo "modello" ufficiale - creando così una cosiddetta "finzione del diritto". Le banche che si trovano di fronte a revoche sulla base della sentenza della Corte di giustizia europea possono quindi affermare di aver rispettato il diritto tedesco applicabile.

La Corte Federale di Giustizia ha giustificato il suo punto di vista affermando che la finzione giuridica vale a favore della banca e che con l'utilizzo del modello di informativa messo a disposizione dal legislatore tedesco sulla informativa di recesso, la banca informa il consumatore in forma chiara e concisa sul diritto di revoca a cui ha diritto. La Corte di giustizia federale è del parere che se dovesse seguire la giurisprudenza della Corte di giustizia europea, violerebbe il diritto formale applicabile in Germania (contra legem) e quindi il principio della separazione dei poteri sancito dall'articolo 20, paragrafo 3, della Legge Fondamentale.

Bisogna sottolineare che la revoca dei contratti di mutuo per errori contenuti nell'informativa sul recesso è in Germania un argomento sempre di forte interesse, proprio in quanto qui da noi, a differenza dell'Italia, dove è possibile la surroga (o portabilità) dei mutui a costo zero per il richiedente, esiste una penale per estinzione anticipata del mutuo (cd. Vorfälligkeitsentschädigung).

È sempre quindi conveniente verificare se tali informative siano formalmente esatte, in quanto in caso contrario sarebbe sempre possibile, se conveniente, una revoca del contratto di finanziamento immobiliare.

Zweisprachiges Personal Arbeitnehmerüberlassung



Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

NEUES AUS EUROPA

Bundesverfassungsgericht vs. EuGH 1:0 (0:0)

Das Bundesverfassungsgericht hat sich in seiner Entscheidung v. 05.05.2020 (2 BvR 859/15) gegen den EuGH (Entscheidung v.11.12.2018, C-493/17) positioniert und festgestellt, dass der Ankauf von Staatsanleihen an den Sekundärmärkten durch die EZB nicht am Bundestag vorbei hätte entschieden werden dürfen.

Wer sich nun im Folgenden eine ausführliche Darlegung und Kommentierung der Entscheidung verspricht, den müssen wir leider enttäuschen. Niemand von uns hat eine ausreichende Kompetenz im Verfassungs- und Europarecht.

Die Entscheidung hat in der europäischen Medienlandschaft aber ein großes Echo gefunden („Die Polen jubeln!“) und so zu folgender Entdeckung geführt: Europa ist voller Verfassungsrechtler.

Ausgehend von dem Prinzip, dass die nationalen Verfassungsgerichte über die Einhaltung der jeweiligen nicht delegierbaren verfassungsgemäßen Rechte wachen sollen und dass gleichzeitig der Europäische Gerichtshof die höchste Instanz ist, die für die Einhaltung des Europarechts zu sorgen hat, scheint es hier tatsächlich einen Dissens zu geben. Es wäre sicher aufschlussreich, diesen Dissens rechtlich zu klären. Politische Deutungen, dass „Berlin“ (warum nicht Karlsruhe?) „Brüssel“ (Warum nicht Luxem-

burg?) eins ausgewischt hat (und Warschau jubelt!) klingen nach Sportberichtserstattung.

EuGH: Fluglinie haftet bei Kaffee-Unfällen

In den Köpfen aller kontinentaleuropäischer Juristen spukt der Fall der Dame herum, die in Amerika bei McDonald's sich einen Kaffee holte, der zu heiß war, und damit unglaubliche Schadensersatzansprüche auslöste. Einen realen Schaden hatte ein sechsjähriges Kind, das bei dem Kaffeeausschank einer Stewardess Verbrennungen zweiten Grades erlitt, die wahrscheinlich Narben hinterlassen werden. Die in Anspruch genommene Fluggesellschaft wehrte sich gegen Schadensersatzansprüche mit dem Argument, dass kein flugtypischer Vorfall im Sinne des Übereinkommens von Montreal (das grundsätzlich die Haftung von Fluglinien regelt) vorläge. Der EuGH (Urteil vom 19.12.2019, C-532/18) ist dem nicht gefolgt. Wenn Passagiere den Schaden nicht selbst verursacht haben, haftet auch in diesem Fall die Fluggesellschaft.

Facebook kann Deutsch!!

Jeder europäische Rechtsanwalt weiß, wie schwierig es ist, gegen Facebook, Google und Co. Ansprüche in Irland durchzusetzen. Ein deutscher Antragsteller erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen Facebook (er wehrte sich gegen die Löschung eines Tex-

tes) und versuchte diese Facebook in Dublin fristgemäß zuzustellen. Facebook wies die Zustellung nach Art. 8, Abs. 1 EuZVO zurück, weil ihr keine englische Übersetzung beilag. (englische) ?

Glücklicherweise ließ das OLG Düsseldorf (Beschluss vom 18.12.2019, I – 7 W 66/19) diese Strategie nicht aufgehen. Nachdem Facebook in Deutschland über eine Vielzahl von Nutzern verfüge, denen die Plattform vollständig in deutscher Sprache zur Verfügung gestellt werde, könne man auch davon ausgehen, dass Facebook die deutsche Sprache beherrschen würde.

Homophobe Kollegen

Der EuGH hat am 23.4.2020 (C-507/18) entschieden, dass homophobe Äußerungen eines Arbeitgebers eine Schadensersatzpflicht nach der Antidiskriminierungsrichtlinie auslösen können, auch wenn sie sich nicht auf ein konkretes Arbeitsverhältnis beziehen. Im konkreten Fall hatte ein Rechtsanwalt in einer Radiosendung erklärt, er würde Homosexuelle in seiner Kanzlei nie und nimmer beschäftigen. Eine Vereinigung von Rechtsanwälten hatte daraufhin in Italien geklagt, der Kassationshof hatte die Frage zur Auslegung der Richtlinie dem EuGH vorgelegt (siehe zur Antidiskriminierungsrichtlinie in diesem Heft auch „Neues aus Deutschland“).

FAMILIENRECHT

Neue Perspektiven für das Familienrecht Post-corona

Einige italienische Gerichte haben Ausnahmeregelungen angewandt, um die infolge der COVID 19 Pandemie ausgesetzten Trennungs- und Scheidungssachen wieder aufnehmen zu können; in Italien wurden alle Verfahren – mit Ausnahme der besonders dringlichen – auf einen Zeitraum nach dem Sommer verlegt. Auch während der Pandemie war es aber erforderlich, die Verhältnisse zwischen frisch getrennten Ehegatten – auch in wirtschaftlicher Hinsicht – zu regeln, sodass Rechtsanwälte in einigen Landgerichtsbezirken (beispielsweise Torino, Monza, Verona) nach Lösungen gesucht haben, insbesondere dort, wo die Parteien sich einig waren und nur auf die gerichtliche Verhandlung warteten. So ist man auf die Vereinbarung des schriftlichen Verfahrens in Familiensachen gekommen: Die Rechtsanwälte übersenden dem Richter via E-Mail eine Erklärung, die von beiden Parteien unterzeichnet ist und die den Inhalt der Vereinbarung zur Trennung oder Scheidung enthält, d.h. Sorgerecht und Unterhalt der gemeinsamen Kinder, Zuweisung der ehelichen Wohnung, etc. Das Gericht setzt darauf kurzfristig den Termin für die „virtuelle“ Verhandlung an, die den Prozessbevollmächtigten nur via E-Mail bekannt gegeben wird, und in wenigen Tagen werden den Parteien die Beschlüsse des Gerichts zugestellt, so die Feststellung der Trennung oder das Scheidungsurteil.

Nicht alle italienischen Gerichte wenden das schriftliche Verfahren an, da die persönliche Anhörung

der Ehegatten durch den Richter noch als unentbehrlich angesehen wird. Wir sind gespannt, ob das Verfahren, das Trennungen und Scheidungen wesentlich beschleunigt, auch nach der Pandemie noch angewandt werden wird.

Auch in Deutschland sind die Familienverfahren durch die Krise aus dem gleichen Grund, der erschwerten persönlichen Anhörung der Parteien, stark ausgebremst worden. Auch in Deutschland gibt es die Möglichkeit, die Parteien per Videokonferenz am Rechtsstreit zu beteiligen.

Wie bereits im Mandantenbrief berichtet, hat der deutsche Gesetzgeber schon 2013 mit der Einführung des § 128a ZPO die Anhörung der Parteien durch Videokonferenz gestattet. Diese Vorschrift kann auch in Familienverfahren grundsätzlich angewandt werden (§ 32 Abs. 3 FamFG), wobei ihre Reichweite streitig ist. Tendenziell ist sie bei einvernehmlichen Verfahren zulässig, d.h. dort wo die Eheleute sich über den Zeitpunkt der Trennung und über die Scheidungsabsicht einig sind. In den anderen Fällen wird der Einsatz der Videokonferenz dem Ermessen des Richters überlassen, der auf der Grundlage der Umstände des Einzelfalles – ob damit das Anhörungsrecht der Partei gewahrt wird und ob damit der Sachverhalt erschöpfend aufgeklärt werden kann – über ihren Einsatz entscheiden kann.

In Kindschaftssachen hat das Gericht von Amts wegen den Sachverhalt aufzuklären und Beweis zu erheben. In diesem Rahmen könnte es die Minderjährigen auch in Videokonferenz anhören. Dafür muss der Richter den Entwicklungsstand, die Reife und

die Sprachfähigkeit des Minderjährigen beurteilen können. Eine Anhörung von Kleinkindern (weniger als fünf Jahren) per Videokonferenz wird nicht für angemessen erachtet, da die Kinder auf dem Schoß oder am Arm eines Elternteils teilnehmen würden. In einem solchen Fall könnte die Neutralität und Loyalität des Kindes gegenüber dem anderen Teil kompromittiert werden, was in jedem Fall vermieden werden muss! VR

DATENSCHUTZ

Großmutter zur Löschung des Fotos vom Enkel aus Facebook verurteilt

Gem. Art.2 Abs. 2 c findet die DSGVO keine Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten durch natürliche Personen zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten. Ein niederländisches Gericht (Landgericht Gederland v. 3.05.2020, C/05/368427) hat dessen ungeachtet eine Großmutter verurteilt, die Fotografie ihres Enkelkinds aus ihrer Facebook-Seite zu löschen. Kläger waren die Eltern des Kindes. Der Großmutter war es im Verfahren nicht gelungen, die Schutzmechanismen ihres Facebook-Accounts zu erläutern und insbesondere auszuschließen, dass sich nicht fremde Dritte Zugang zum Bild verschaffen könnten.

Da die DSGVO in der ganzen EU unmittelbar gilt, ist die Entscheidung auch für unsere Gerichte von Interesse.

ULTIME DALL'EUROPA

Corte costituzionale federale contro la CGCE 1:0 (0:0)

Nella sua decisione del 5 maggio 2020 (2 BvR 859/15) la Corte costituzionale federale si è posizionata contro la CGCE (decisione dell'11 dicembre 2018, C-493/17), e ha stabilito che l'acquisto di titoli di Stato sui mercati secondari da parte della BCE non avrebbe potuto essere deciso senza il Bundestag.

Chi ora spera di ricevere una spiegazione e un commento dettagliato sulla decisione deve purtroppo rimanere deluso. Nessuno di noi ha sufficiente competenza in materia di diritto costituzionale ed europeo.

Tuttavia, la decisione ha trovato una grande eco nel panorama mediatico europeo ("I polacchi applaudenti") e ha portato alla seguente scoperta: L'Europa è piena di esperti di diritto costituzionale.

In base al principio che le corti costituzionali nazionali devono vigilare sul rispetto dei rispettivi diritti costituzionali inderogabili e che, allo stesso tempo, la Corte di giustizia europea è l'istanza più alta che deve garantire il rispetto del diritto europeo, sembra esserci un vero e proprio dissenso. Sarebbe certamente istruttivo chiarire legalmente questo dissenso. Le opinioni politiche che "Berlino" (perché non Karlsruhe?) abbia giocato un brutto tiro a "Bruxelles" (perché non Lussemburgo?) suonano un po' come cronaca sportiva.

CGCE: Compagnia aerea responsabile di incidenti con il caffè

Nella mente di tutti gli avvocati dell'Europa continentale, appare il caso della signora che si è recata da McDonald's in America per prendere un caffè, che era troppo caldo e quindi ha scatenato incredibili richieste di risarcimento danni. Il danno reale è stato subito da un bambino di sei anni che ha subito ustioni di secondo grado, che probabilmente lasceranno cicatrici, mentre una hostess serviva il caffè. La compagnia aerea alla quale è stata rivolta la rivendicazione, si è difesa contro le richieste di risarcimento danni con l'argomento che non vi è stato alcun incidente tipico di un volo nel senso della Convenzione di Montreal (che regola sostanzialmente la responsabilità delle compagnie aeree). La Corte di giustizia europea (sentenza del 19 dicembre 2019, C-532/18) non ha seguito questa linea. Se i passeggeri non hanno causato essi stessi il danno, la compagnia aerea è responsabile anche in questo caso.

Facebook parla tedesco!

Ogni avvocato europeo sa quanto sia difficile far valere le proprie ragioni contro Facebook, Google e Co. in Irlanda. Un ricorrente tedesco ha ottenuto un provvedimento inibitorio provvisorio contro Facebook (si è

rifiutato di cancellare un testo) e ha cercato di notificarlo a Facebook a Dublino entro il termine stabilito. Facebook ha rifiutato la notifica ai sensi dell'articolo 8, paragrafo 1, del regolamento CE perché non era accompagnato da una traduzione in inglese.

Fortunatamente, la Corte d'Appello di Düsseldorf (decisione del 18 dicembre 2019 I - 7 W 66/19) non ha accolto questa strategia. Dato che Facebook ha un gran numero di utenti in Germania, ai quali la piattaforma è resa disponibile interamente in tedesco, si potrebbe anche ipotizzare che Facebook abbia una padronanza della lingua tedesca.

Colleghi omofobi

La CGCE ha deciso il 23 aprile 2020 (C-507/18) che le dichiarazioni omofobiche rilasciate da un datore di lavoro possono far scattare la responsabilità per danni ai sensi della Direttiva sull'antidiscriminazione, anche se non riguardano uno specifico rapporto di lavoro. Nel caso specifico, un avvocato aveva dichiarato in un programma radiofonico che non avrebbe mai assunto omosessuali nel suo studio legale. Un'associazione di avvocati aveva quindi intentato una causa in Italia e la Corte di Cassazione aveva deferito la questione sull'interpretazione della direttiva alla CGCE (cfr. anche sulla direttiva in questione "Ultime dalla Germania" in questo numero).

DIRITTO DI FAMIGLIA

Nuove prospettive del diritto di famiglia post C19

In Italia diversi tribunali hanno adottato delle misure e soluzioni eccezionali per superare la sospensione dei procedimenti di separazione e divorzio a causa della pandemia COVID 19. Infatti nei mesi scorsi l'attività giudiziaria si è rallentata bruscamente e tutti i procedimenti, ad eccezioni di quelli la cui trattazione era urgente, sono stati sospesi e rinviati almeno a dopo l'estate. La necessità di regolare anche durante la pandemia i rapporti tra marito e moglie da poco separati e di gestire le questioni economiche connesse hanno indotto gli avvocati di alcuni tribunali (ad es: Torino, Monza, Verona) a trovare soluzioni pratiche e snelle per le separazioni consensuali o divorzi congiunti in cui i coniugi hanno già trovato l'accordo, ma rimanevano in attesa della fissazione dell'udienza in tribunale. Così si è pensato di convenire tra i coniugi con i loro avvocati la trattazione scritta del procedimento: Gli avvocati in tal modo fanno pervenire via email al giudice una dichiarazione sottoscritta da ciascuna delle parti, in cui manifestano la loro volontà e l'accordo relativo alle questioni connesse alla separazione o divorzio (mantenimento e affidamento dei figli, assegnazione della casa ecc). Il giudice fissa a breve l'udienza "virtuale" che viene comunicata solamente agli avvocati in via telematica e nel giro di pochi giorni verranno comunicati i provvedimenti del giudice, l'omologa della separazione o la sentenza in caso di divorzio.

Non tutti i tribunali hanno però aderito o adottato queste misure, ritenendo ancora necessaria l'udienza tradizionale con la convocazione personale dei coniugi davanti al giudice.

Vedremo con il tempo se questa prassi sarà adottata in futuro – nella fase post pandemia - per snellire e velocizzare le separazioni e i divorzi.

Anche in Germania i procedimenti di famiglia hanno subito un forte rallentamento e molte udienze sono state rinviate per lo stesso motivo, ovvero la difficoltà di convocare la comparizione personale dei coniugi per essere sentiti personalmente. L'audizione personale durante il processo può avvenire anche utilizzando la tecnologia e nuovi mezzi di comunicazione a distanza. Infatti con la riforma del procedimento civile nel 2001 e successiva novella del 2013 è stata introdotta la forma di audizione personale di una parte processuale o di un testimone per videoconferenza (§ 128a ZPO). L'applicazione di questa norma è prevista anche nei procedimenti di famiglia (§32 co. 3 FamFG) ma è molto discussa. Tendenzialmente è ammessa nelle procedure di divorzio consensuali, nelle quali i coniugi concordano sia sul momento della separazione sia sulla volontà di essere divorziati alle condizioni concordate. Nelle altre cause di famiglia l'audizione delle parti attraverso l'utilizzo della videoconferenza è lasciato alla discrezione del giudice, che valuterà il caso, le circostanze e lo scopo dell'audizione (se l'audizione assolve il diritto della parte di essere sentito oppure l'audizione è necessaria per chiarire i fatti e circostanze). Nei procedimenti che riguardano la tutela dei minori, in cui al giudice sono riconosciuti poteri d'ufficio per accertare i fatti e assumere le prove nelle modalità che ritiene opportune, il giudice potrebbe anche disporre l'audizione del minore in videoconferenza. Il giudice in questo caso dovrà valutare lo svi-

luppo, la maturità e la facoltà di linguaggio del minore. L'audizione di bambini minori di cinque anni non è considerata adeguata e quindi non è praticata, anche per il fatto che durante l'audizione i piccoli - davanti alla videocamera - starebbero in braccio o in grembo ad un genitore. In questa situazione potrebbe essere compromessa la neutralità e lealtà del bambino nei confronti dell'altro genitore, cosa ovviamente da evitare! VR

PRIVACY

Nonna condannata a cancellare la foto del nipote da Facebook

Al sensi dell'art. 2 comma 2, lettera c), GDPR, il regolamento non si applica ai trattamenti di dati personali effettuati da una persona fisica per l'esercizio di attività a carattere esclusivamente personale o domestico. Tuttavia, un Tribunale olandese (Tribunale Gederland, v. 3.05.2020, C/05/368427) ha ordinato a una nonna di cancellare la foto del nipote dalla sua pagina Facebook. I ricorrenti erano i genitori del bambino. La nonna non è riuscita durante la causa a spiegare adeguatamente i meccanismi di protezione del suo account Facebook e, in particolare, ad escludere la possibilità che terzi potessero accedere alla foto.

Poiché il GDPR è direttamente applicabile in tutta l'UE, la decisione è interessante anche per i nostri tribunali.

NEUESTES AUS DEUTSCHLAND

Neues Hilfspaket für coronageschädigte Unternehmen

Das Bundesfinanzministerium hat am 12. Juni 2020 ein neues Hilfspaket für Unternehmen beschlossen, die an den Folgen der Coronakrise leiden müssen. Es ist nun Aufgabe der Länder, die Vorschriften umzusetzen, die am 8. Juli 2020 in Kraft treten.

Die Hilfen richten sich an Freiberufler und kleine/mittlere Unternehmen, die ihre betriebliche Tätigkeit – auch nur teilweise – infolge von Covid 19 unterbrechen mussten. Eine solche Unterbrechung wird vermutet, wenn der Umsatz der Monate April und Mai 2020 gegenüber dem Vorjahr um über 60 % zurückgegangen ist.

Es wird ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe eines Anteils der Fixkosten für die Monate Juni August 2020 erfolgen. Die Höhe richtet sich nach dem Umsatzverlust im Vergleich zum Vorjahr und zwar ein Zuschuss

- von 80% der Fixkosten bei einem Umsatzrückgang von über 70 %
- von 50% der Fixkosten bei einem Umsatzrückgang zwischen 50% und 70%
- von 40% der Fixkosten bei einem Umsatzrückgang zwischen 40% und 50%.

Zu den Fixkosten gehören beispielsweise die Mieten für die Geschäftsräume, die Nebenkosten, die Darlehenszinsen, Leasingzahlungen, Grundsteuern, Versicherungsprämien, Personalkosten (hier gelten Pauschalbeträge), Steuerberaterkosten, etc.

Die Zahlung kann, soweit keine Ausnahmefälle vorliegen und das einzelne Land keine weiteren Zuschüsse gewährt, folgende Beträge nicht übersteigen:

- 9.000 Euro bei Betrieben bis zu 5 Arbeitnehmern;
- 15.000 Euro bei Betrieben bis zu zehn Arbeitnehmern;
- 150.000 Euro bei Betrieben mit über zehn Arbeitnehmern.

Abweichend von dem Verfahren zu den vorherigen Hilfsleistungen muss der Antrag jetzt von einem Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer gestellt werden, der die entsprechenden Unterlagen, aus denen sich der Umsatzrückgang und die Höhe der Fixkosten ergeben, anlegen muss.

Das Hilfspaket tritt am 8. Juli 2020 in Kraft und die Anträge müssen bis zum 31.8.2020 gestellt werden.

ULTIMISSIME DALLA GERMANIA

Nuovo pacchetto di aiuti per le imprese colpite dalla crisi Covid-19

In data 12 giugno 2020 il Ministero federale delle finanze ha emanato un nuovo pacchetto di aiuti finanziari per i settori che hanno maggiormente risentito della crisi causata dal Covid-19. Spetta ora ai singoli Länder provvedere all'attuazione di tale provvedimento che dovrebbe entrare in vigore a partire dall'8 luglio 2020.

I sussidi sono destinati a lavoratori autonomi e a piccole-medie imprese che hanno dovuto interrompere, anche parzialmente, la propria attività, a causa del Covid-19. Nello specifico si presume la sussistenza di tale presupposto qualora il fatturato dei mesi di aprile e maggio 2020 sia diminuito complessivamente oltre il 60% rispetto all'anno precedente.

È previsto un sussidio a fondo perduto pari ad una quota variabile dei costi fissi sostenuti nel periodo giugno-agosto 2020. Il provvedimento prevede diversi scaglioni proporzionali alla diminuzione di fatturato rispetto all'anno precedente, un sussidio:

- dell'80% dei costi fissi in caso di diminuzione del fatturato oltre il 70%,
- del 50% dei costi fissi in caso di diminuzione del fatturato tra il 50% e il 70%,
- del 40% dei costi fissi in caso di diminuzione del fatturato tra il 40% e il 50%.

Tra i costi fissi rientrano, a titolo esemplificativo, i canoni di locazione, le spese accessorie, gli interessi passivi per finanziamenti e mutui, i canoni di leasing, le imposte sugli immobili, i premi assicurativi, i costi del personale (in misura forfettizzata), le spese del commercialista etc.

Il sussidio non potrà comunque superare, salvo casi eccezionali e se il singolo Land non arrotondi i pagamenti, le seguenti soglie:

- 9.000 Euro per imprese con fino a 5 dipendenti;
- 15.000 Euro per imprese con fino a 10 dipendenti;
- 150.000 Euro per imprese con più di 10 dipendenti.

A differenza delle precedenti richieste di sussidi statali, è previsto che la richiesta debba essere trasmessa necessariamente da un commercialista o da un revisore contabile, allegando documenti a comprova delle spese sostenute e del calo di fatturato.

Il pacchetto di aiuti entrerà in vigore dall'8 luglio 2020 e la domanda dovrà essere inoltrata entro il 31 agosto 2020.

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59
email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13
email: dlmi@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · Fax: +39 - 059 - 21 95 41
email: dlmo@dolce.it

Fritz-Elsas-Strasse 38 · D-70174 Stuttgart
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193
email: info@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27
email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · Fax: +39 - 080 512 99 49
email: dlba@dolce.it

NEUES AUS DOLCE · LAUDA

André Castelli WLL-Vorstand

Rechtsanwalt André Castelli ist als Mitglied des Vorstandes der internationalen Anwaltsvereinigung World Link for Law (<https://www.worldlink-law.com/>) bei der letzten Mitgliederversammlung bestätigt worden. Statt in Vancouver – wie ursprünglich geplant, haben sich die Rechtsanwälte aus aller Welt nur im Netz treffen können.

Marilena Bacci Vertragsmanager Transport und Logistik

Rechtsanwältin Marilena Bacci hat mit Erfolg an dem von der „Bundesvereinigung Logistik (BVL) organisierten Lehrgang zum Vertragswesen im Bereich Transport, Spedition und Logistik teilgenommen und hat damit den Titel eines „Vertragsmanager Transport und Logistik“ erworben.

In Zeiten des Coronavirus spielt im Transportrecht die Frage der Berufung auf höhere Gewalt eine immer größere Rolle. Marilena Bacci ist für Fragen hierzu die richtige Ansprechpartnerin.

ULTIME DA DOLCE · LAUDA

André Castelli membro del WLL-Board

L'avvocato André Castelli è stato confermato membro del Board dell'associazione internazionale degli avvocati World Link for Law (<https://www.worldlink-law.com/>) in occasione dell'ultima assemblea generale. Invece di incontrarsi a Vancouver - come originariamente previsto - gli avvocati di tutto il mondo si sono incontrati in rete.

Marilena Bacci: Manager in ambito di contratti di trasporto e logistica

La collega Bacci ha partecipato con successo al corso formativo sulla contrattualistica nel settore dei trasporti, spedizioni e logistica, organizzato dalla Bundesvereinigung Logistik (BVL), l'Associazione federale tedesca della logistica, acquisendo il titolo di "Vertragsmanager Transport und Logistik".

Con il diffondersi della pandemia di Coronavirus anche in questo settore si pone ora il problema del come e se invocare la forza maggiore. La collega rimane a disposizione per ogni tipo di consulenza in ambito contrattualistico.